

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.  
Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1. (ohne Bestellgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Verbands-Anzeigen.  
für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A.  
Zeitungsbreislifte Nr. 3124.

**Inhalt:** Die Schutzwehr der Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine. — Bestimmungen zu dem Hamburger Schiedspruch. — Wirtschaftliche Rundschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausstellungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. Die Streiks im Jahre 1900. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Politik und Gerichte. — Verschickenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

## Die Schutzwehr der Hirsch-Dunder'schen Gewerkvereine.

Im Jahre 1876 führte ein Theil der „Deutschen Gewerkvereine“, dem Rufe ihres Verbands-Anwalts, Dr. Max Hirsch, folgend, den sogenannten „Revers“ ein, eine statutarische Bestimmung, wonach Anhänger der Sozialdemokratie nicht Mitglieder dieser Vereine sein können. Aus den Reihen der Gewerkvereine heraus ist im Laufe der letzten Jahre schon öfter diese Bestimmung als eine unhaltbare bezeichnet und ihre Abschaffung gefordert worden. Diese Forderung hat auch die kürzlich in Köln stattgehabte Tagung des Verbandes der deutschen Gewerkvereine beschäftigt. Das Verbandsorgan, „Der Gewerkverein“, veröffentlicht in seiner Nr. 29, was da für und wider den Revers gesprochen worden ist. Als Vertheidiger desselben trat Dr. Max Hirsch auf, derselbe Mann, dem der Verband diese ebenso absurde wie geschäftliche Bestimmung verdankt. Er legte eine Resolution vor, in der es heißt: der „Revers“ sei eingeführt worden „zur nothgedrungenen Abwehr gegen die von der Sozialdemokratie geplante Sprengung oder Ausbeutung der Gewerkvereine zu Parteizwecken“. Der Revers gelte „nicht der politischen, sondern der sozialen, die Kollektivwirtschaft erzielenden Partei“, dieses Bestehen aber stehe im Widerspruch mit dem Wesen der Gewerkvereine, die ein „Bündniß verhältniß mit den Arbeitgebern“ wollen, „beruhend auf gegenseitiger Anerkennung und Achtung“. Ergo müsse, so führte der Herr Verbands-Anwalt dazu aus, der Revers beibehalten werden. In seinen Darlegungen befreit Dr. Max Hirsch, daß die Gewerkvereine „jemals im Dienste einer politischen Partei, z. B. der Fortschrittspartei, gestanden haben“. Die Wahrheit aber ist, daß diese Vereine im Interesse der Fortschrittspartei gegründet wurden gegenüber der stetig wachsenden sozialdemokratischen Bewegung, um die Arbeiter von dieser Bewegung abzuhalten und sie den politischen Zwecken der Fortschrittspartei dienlich zu machen. Und Thatsache ist weiter, daß Herr Dr. Max Hirsch, als Mitglied der Fortschrittspartei, deren Vertreter im Reichstage er Jahre lang war, beständig darüber gewacht hat, daß „keine“ Gewerkvereine keiner anderen Politik huldigen; als derjenigen der Fortschrittspartei. Um diese Thatsache kommt der Herr mit keinerlei Nebenbemerkungen herum. Wenn er sagt: wenn „jemals seitens der Gewerkvereine auch nur der Versuch unternommen werde, bei politischen Wahlen irgend einen Einfluß auszuüben“, so ist das doch nur eine Ausfluchtfrage, mit der er der Hauptfrage aus dem Wege gehen möchte, die da lautet: Was es für ihr und seine Parteigenossen nicht immer selbstverständliche Voraussetzung, daß die Mitglieder der Gewerkvereine bei politischen Wahlen für die Fortschrittspartei bzw. freisinnige Partei eingetreten, ja, sich überhaupt als Bundesgenossen dieser Partei zu erachten haben? Antwort: Ganz ohne Zweifel! Hier einige Beweise:

Bamberger, der Parteigänger des Dr. Max Hirsch, sagt in seiner Abhandlung: „Die Arbeiterfrage“, über den Zweck der Gründung der Gewerkvereine „nach englischem Vorbild“, es seien für diese Gründung politische Erwägungen maßgebend gewesen: „Die Politiker sollten in den Arbeitern Bundesgenossen finden und umgekehrt diese in Jenen.“ In einer Wahlrede, die der Mitbegründer Franz Dunder im Oktober 1873 in Berlin hielt, sagte er: „Die Gründung der Gewerkvereine geschah, wie Sie Alle wissen, unter Zustimmung und Mitwirkung der Fortschrittspartei.“ Allerdings, es galt, der dem bürgerlichen Liberalismus, der liberalen Bourgeoisie gefällig werdenden unabhängigen Arbeiterorganisation entgegen zu treten. Ueberdem: Im Verbandsorgan, dem von Dr. Max Hirsch herausgegebenen „Gewerkverein“, ist im Laufe der Jahre mancher Artikel erschienen zu dem Zwecke, den Mitgliedern beizubringen zu machen, daß sie keiner anderen Politik zu huldigen haben, als der der Fortschrittspartei resp. des „Fressinns“. In einem dieser Artikel vom Januar 1870 ruft das „unpolitische“ Gewerkevereinsblatt auf zum Wahlkampf gegen „Die Uebermacht der vererblichen konservativ-ultramontanen Koalition“. Da heißt es unter Anderem: „Vorwärts, Ihr Arbeiter der Freiheit, zeigt Euch als treibende Kraft der liberalen Partei!“

Doch um mit Herrn Dr. Max Hirsch in diesem Punkt fertig zu werden, nur noch eine Bemerkung: „Das Grundübel der Gewerkvereine sitzt in ihrem politischen Ursprung. Parteiinteresse hat sie in's Leben gerufen, und nach dem oft angewandten Satze bleibt das Prinzip des Ursprungs auch das Prinzip der Erhaltung.“ So sagt wiederum Bamberger. Will Dr. Max Hirsch auch diesen Mann lägen strafen?

Der Verbands-Anwalt behauptete dann, das terroristische Vorgehen von Sozialdemokraten, die sich in die Gewerkvereine „eingeschlichen“ haben, um sie zu zerstören, habe dazu genöthigt, den Revers einzuführen. Allerdings hat die sozialdemokratische Arbeiterschaft die Gewerkvereine, mit denen Betrug an der Arbeiterklasse verübt werden sollte, stets energisch bekämpft, aber offen und ehrlich. Und das ist ja das Charakteristische, daß man zur Rettung der Gewerkvereine keinen anderen Rath wußte, als die Mitglieder zu verpflichten, nicht Sozialdemokraten zu sein!

Herr Dr. Max Hirsch vollbrachte dann folgende Leistung:

„Das auf Selbsthilfe und staatlicher Reform beruhende soziale Programm der Gewerkvereine und die von den Sozialdemokraten angestrebte Kollektivwirtschaft bilden zwei Weltanschauungen, welche gegensätzlich unvereinbar einander gegenüberstehen. Ob man die jetzige Gesellschaftsordnung total umstürzen und ganz neu organisieren will, oder ob man auf dem Boden derselben praktisch mögliche und zweckmäßige Verbesserungen anstrebt, das ist die große Frage.“

So hilft Herr Dr. Max Hirsch sich über die Thatsache hinweg, daß in den wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Bestrebungen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die sogenannte „Weltanschauung“ von der „Kollektivwirtschaft“ gar keine Rolle spielt. In den gewerkschaftlichen Organisationen dieser Arbeiterschaft wird lediglich die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Hebung der Lebenshaltung angestrebt, und zwar ernsthaft und energisch, während die Gewerkvereine, der Absicht ihrer Gründer nach, den entscheidenden Kampf der Arbeit gegen das Kapital verhindern sollen.

Gegen Dr. Max Hirsch und für die Aufhebung des Reverses trat der Referent, Herr Trabert, in die Schranken. Er führte u. A. aus:

Für den Arbeiter handelt es sich nicht bloß darum, organisiert zu sein, die Organisationen müssen auch etwas leisten; ich meine hier nicht die materiellen Unterstützungen, sondern die höhere, den Arbeiterhand erst in seinem ganzen Sein hebende Kraft, welche dem Arbeiter die Möglichkeit bietet, seine ganze wirtschaftliche Lage zu heben dadurch, daß er durch seine Organisationen Angebot und Nachfrage zu regeln im Stande ist; ferner sollen die Organisationen mit der Zeit die alleinigen Faktoren sein, welche mit den Arbeitgeberverbänden die Arbeitsbedingungen, als da sind: Arbeitszeit, Höhe des Lohnes, Fortbildungen usw., festzusetzen haben. Bei einem Rückblick auf die Vergangenheit zeigt sich nun, daß der Unsumme von aufgewandeter Kraft die Erfolge nicht entsprechen, daß wir namentlich von der Anerkennung des Arbeiters als eines gleichberechtigten Faktors im wirtschaftlichen Leben noch fast ebenso weit entfernt sind wie vor 20 Jahren. Das Hauptübel, an dem die deutsche Arbeiterbewegung krankt, ist der Umstand, daß zu viel verschiedene Organisationen vorhanden sind, die, anstatt alle ihre Kräfte zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zusammen zu fassen, sich häufig auf das Selbstgegendständig bekämpfen und damit den besten Theil ihrer Kraft nutzlos verschwenden. Da sollten wir uns an der Arbeitgebern ein Beispiel nehmen, die, ohne nach der Parteizugehörigkeit oder der Religion zu fragen, sich Organisationen geschaffen haben, wie sie die Arbeiter wohl kaum je erreichen werden.“

Herr Trabert bekannte sich zur Neutralitätsidee, wonach gewerkschaftliche Organisationen Parteipolitik und Religion aus dem Spiele lassen sollen, zumal ihnen soziale und wirtschaftliche Fragen hinreichend Arbeits- und Aufklärungsfloß bieten. Wir sind anderer Ansicht. Es geht nicht eine einzige soziale und wirtschaftliche Frage, die nicht zugleich auch eine politische wäre, oder nur im Zusammenhang mit politischen Fragen erörtert und entschieden werden kann. Und so lange es Elemente giebt, die die Arbeiterfrage, die gewerkschaftlichen Bestrebungen mit der „Religion“ verquickten, so lange kann vernünftigerweise nicht davon die Rede sein, die „Religion“ aus dem Spiele zu lassen. Worauf es einzig und allein zunächst ankommt, ist, daß die organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen, einzig ist im Kampfe gegen den Kapitalismus und in der Vertheidigung ihrer Rechte. Dazu bedarf es keiner formellen „Neutralitäts“-Erklärungen und Verbindungen, sondern nur der Einsicht, daß es wirtschaftliche Interessengegenstände unter den Arbeitern nicht giebt. Die Gegenstände in den politischen und religiösen Anschauungen aber lassen sich weder ignoriren noch wegdekretiren; sie wird die Entwicklung überwinden.

Herr Trabert erklärte schließlich, der Revers schade den Gewerkvereinen direkt, statt ihnen Nutzen zu bringen. „Denn“ — fügte er hinzu — „finden etwa von uns gestellte Forderungen bei den Unternehmern eher Erfüllung, weil wir den Revers unterschrieben haben? Oder werden wir deshalb von der Regierung besser behandelt? Wir hätten unter der Buchhausvorlage, wenn sie Gesetzeskraft erlangt hätte, ebenso leiden müssen wie andere Arbeitskollegen, und wir müssen, wenn die Forderungen der Agrarier erfüllt werden, das Brot ebenso theuer bezahlen, wie jeder Andere. Zu unserem Schutze also brauchen wir keinen Revers, um mehr Entgegenkommen bei den Arbeitgebern zu finden wollen wir ihn nicht.“

So forderte denn der Referent in einer Resolution die Abschaffung des Reverses mit der Motivierung: „daß durch die bestehenden Verhältnisse alle Arbeiter, gleichviel welcher politischen oder religiösen Richtung dieselben angehören, gleichviel wie dieselben organisiert sind, gleich schwer bedrückt werden“, und daß der Verbandstag deshalb die heilige Verpflichtung habe, „für seinen Theil mit dazu beizutragen, daß eine Annäherung aller bestehenden Arbeiterorganisationen, um thätkräftig für Verbesserungen der Lage des arbeitenden Volkes eintreten zu können, herbeigeführt wird.“ Herr

Trabert hat sich vergeblich bemüht; die Resolution des Verbands-Anwalts wurde mit 27 gegen 20 Stimmen angenommen. Dr. Max Hirsch hat keine Ursache, auf diesen „Sieg“ stolz zu sein, denn über den famosen Revers ist die Arbeiterbewegung schon längst zur Tagesordnung übergegangen.

**Präsidenten zu dem Hamburger Schiedsgericht.**

Die Mehrzahl der uns zu Gesicht kommenden sozialdemokratischen Zeitungen hat von dem Schiedsgericht Kenntnis genommen, ohne sich zu einer Kritik aufzuschwingen. Der „Vorwärts“ hat in einer kurzen Notiz dem Schiedsgericht seinen Segen erteilt. Er schreibt: „Der Spruch des Schiedsgerichts ist ausgefallen, wie er nicht anders zu erwarten war und er wird sich der Billigung der übergroßen Mehrheit der Parteigenossen finden.“

Neulich urteilte die „Königsberger Volkszeitung“: „Eine andere Stellungnahme wäre uns unverständlich gewesen. ... Das sich der Parteitag auf einen anderen Standpunkt stellen wird, wie das Schiedsgericht, halten wir für ganz ausgeschlossen. Von den Hamburger Maurern wäre es sicher am besten, wenn sie die oft bewährte Hamburger Parteipolitik auch in diesem Falle beibehielten, indem sie den Beschluß des Schiedsgerichts respektieren.“

Von den Gewerkschaftsländern haben sich, soweit wir bemerken konnten, auch nur zwei mit dem Schiedsgericht beschäftigt. Lediglich die „Niederrheinische Arbeiterzeitung“ hat, der „Correspondent“ Organ des Bundesverbandes: „Es ist fürwahr ein Wild zum Schreien! Der offenkundige Verrat, die elendeste, mit allerlei parteiunwürdigen Wägen, verbrämte Arbeitslosigkeit unter Aufsicht eines der ersten Parteiführer feil gesprochen!“ Unter der Überschrift: „Ein sonderbares Schiedsgericht urteilt“ „Der Arbeiter“, das Organ der Bauhilfsarbeiter: „Wie man sieht, hat sich das Schiedsgericht sehr leicht über die ernste Sache hinweggesetzt, was um so verständlicher wird, wenn man weiß, daß die Mehrheit desselben aus Personen bestand, welche ihrem früheren Wirkungskreis, der praktischen Arbeit ihres erlernten Berufes, längst entrückt sind.“

Vorsitzender dieses Schiedsgerichts war Genosse Auer vom Parteivorstand, der wegen seiner eigenhändigen Stellung zu den Gewerkschaften längst bekannt ist. Abwam waren von den Schiedsrichtern, so weit sie uns persönlich bekannt sind, zwei Geschäftliche, einer Kassierer bei einer Krankenkasse, einer Geschäftsführer, einer selbstständigen Unternehmer und einer Lagerhalter im Konsumverein. Da drängt sich uns unwillkürlich die Frage auf: Haben diese Parteigenossen wirklich noch einen ungetrübbten Blick für die Gewerkschaftsbewegung, oder ist ihnen die Partei „alles“ und die Gewerkschaft „Nichts“? Es hat den Anschein, als ob das Letztere der Fall wäre. Die in dem Schiedsgericht enthaltenen Widersprüche sprechen dafür.

Es ist denn doch ein starkes Stück, die Handlungsweise jener Afformaurer als in „Notwehr“ gehalten, hinzustellen, wenn man kurz zuvor das Verhalten derselben der Organisation gegenüber auf's Riefste bedauert, um hinterdrein wieder die Beschimpfung aufzuführen, daß die Afformaurer bei ihren Streiks und Streikverbrechen überzeugt waren, nichts Ehrloses zu begehen.

Neulich, daß die Afformarbeit an sich nichts Mafelhaftes mit sich bringt, das wußten wir auch schon vor dem Schiedsgericht; darum konnte es sich also auch gar nicht handeln. Dagegen war der Kernpunkt der ganzen Schlichte der, daß die Maurerorganisation, um nicht des Vertragsbruches geziehen zu werden, für Durchführung des Arbeitsvertrages strengstens zu sorgen hatte. Ferner handelte es sich in diesem Falle bei der Abschaffung der Afformarbeit ungewisselhaft um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Oder ist das Afformverhältnis nicht etwa das allerabscheulichste aller Lohnsysteme? Auf allen Parteitagen der sozialdemokratischen Partei, bei deren wiederholten Programmberatungen ist die Afformarbeit als Werdarbeit bezeichnet worden. ... Auch die internationalen Kongresse, vor allem der Brüssel, haben das Afformsystem als das elendeste aller Lohnsysteme bezeichnet.

„Und das sollten die Maurer-„Genossen“ nicht getobt haben; es sollte ihnen nicht zum Bewußtsein gekommen sein, daß sie mit ihren Streik und Streikverbrechen sich gegen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen wandten? Das glaube wer kann! Mühte es ihnen nicht auffallen, daß sie zur Durchbrechung des Arbeitsvertrages benutzt wurden? Konnten sie, die auf Grund ihrer politischen Anschauungen in dem Unternehmertum ohne Ausnahme eine Ausbeuterklasse erblickten, auch nur einen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß das Unternehmertum sie nur zu seinen Zwecken - Zerschmetterung der Organisation - gebrauchte? Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß sie so kurzfristig geblieben sind. Ihre Handlungsweise war kalte Berechnung, lediglich egoistischen Gründen entspringend.“

„Und wie fände sich die Entschuldigungsgründe: Man steht auf dem Standpunkte der Afformarbeit, weil man dieses Verhältnis für das kleinere Übel hält. Schlichte solch leeres Wort nicht jeder vernünftigen Logik in's Gesicht? Es heißt den Vord zum Gärtner machen, wenn man durch Afformarbeit reformierend auf die Arbeitsverhältnisse einwirken will. In hunderten von Fällen und tagtäglich kann man nachweisen, daß die Afformarbeit einen vernünftigen Tagelohnsatz überhaupt nicht aufkommen läßt und in noch größerem Maße läßt sich eine direkte Schädigung in materieller und moralischer Beziehung nachweisen. Und da kommt das Schiedsgericht fernerer Weise bei und glaubt diesen selbstlosen Maurern auf's Wort, wenn sie beschern, daß sie bisher im guten Glauben gehandelt haben.“

„Das Schiedsgericht wird sich sehr bald überzeugen können, daß es sich in diesen von „Selbstlosigkeit“ triefenden „Genossen“ gründlich getäuscht hat und daß es puren, verblendeten Egoismus war, der die Leute so handeln ließ. Fassen wir die Punkte zusammen und ziehen den Schluß daraus, so sind jetzt die Afformmänner, nachdem selbst das Schiedsgericht die Handlungsweise derselben bedauert und

als nicht im Interesse der allgemeinen Arbeiterbewegung liegend betrachtet, ihnen also den Begriff der Erfolgslosigkeit zum Bewußtsein gebracht hat, moralisch gestungen. Umkehr zu halten. Aber das werden sie nie thun; davon sind wir fest überzeugt, und das ist es gerade, was den ganzen Fall fernerzieht.“

„Durch den Schiedspruch, wenn er sollte nicht mit Erfolg angefochten werden, wird innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ein heilloser Wirrwarr entstehen: ist durch ihn doch der Willkür Ehr und Thor geöffnet. Durch die Komplimente und Verbeugungen des Hamburger Schiedsgerichts, bald nach dieser, bald nach jener Seite hin, hat dasselbe der Gewerkschaftsbewegung wieder einen im Sinne verschiedener Parteigrößen wohl verdienten Sieb verfehlt. Die Parteipresse, die sonst über die Gewerkschaftsbewegung laufend berichtet, hat die Sprache verloren. Offenbar ist ihr dieser Schiedspruch auch nicht sehr angenehm.“

„Es ist noch nicht lange her, als die Hamburger Parteivereine von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern als Unterfchluß für Alles Mögliche betrachtet wurden. Diesen Ruf - den man jetzt mit Recht auf Unterfchluß für Streikbrecher ausdehnen darf - sich wieder zu erwerben, sind sie jetzt auf dem besten Wege. Wenn es auch dem Schiedsgericht gelang nach dem Grundsatze: „Veritas nur an ehrenwerthen Mann! Ehrenwerthe Männer sind sie Alle!“ die freizübrenden Afformmänner unter seine Fittiche zu nehmen und mildernde Umstände bei ihnen zu entdecken, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ein Ultimatum bleibt.“

Die Hamburger Parteigenossen haben insofern Stellung zu dem Schiedsgericht genommen, als sie in Vertauensmännereinstimmungen und Wahlvereinigungen mit ein Einverständnis grenzenden Majoritäten die Vereinsvorstände beauftragt haben, scheinung eine kompromittierte Stellung zu veranlassen, um gegen den Schiedsgericht Stellung zu nehmen. Daß die Hamburger Parteigenossen sich auf dem Schiedsgericht beugen wird, daran ist gar nicht zu denken.“

Von einem Mitglied des Schiedsgerichts erhalten wir folgende Zuschrift:

**Erklärung.**  
In dem Artikel in Nr. 30 des „Grundstein“, welcher sich mit dem Schiedsgericht und der Zusammenfassung des Schiedsgerichts in Sachen der Afformmänner beschäftigt, heißt es u. a.: „Daß die Afformmänner sich Vertreter ausgesucht haben, von denen sie sicher oder ziemlich sicher annehmen konnten, daß sie nicht für den Ausschluß eintreten würden, ist ja selbstverständlich.“

Es muß das den Angelegenheiten und als diese Schiedsrichter den Afformmännern bestimmte Zusicherungen gegeben haben, bevor sie als Schiedsrichter bestimmt wurden, habe ich selbst meine Person dabei in Frage kommt, muß ich das entgegengesetzten bezeichnen.“

Die beiden Maurer (Winger und Hesse), die zu mir kamen und mich hüten, als Schiedsrichter für Wandsbet zu fungieren, haben nicht den leinsten Versuch gemacht, mich zu beunruhigen. (Das ist in „Grundstein“ auch nicht behauptet worden. - Die Redaktion.) Sie erklärten, weil ich als Mitglied der Kommission des „Hamburger Echo“ sowie als Kartellvorstand der Wandsbet wiederholt Gelegenheit gehabt hätte, mich mit den Maurerangelegenheiten zu beschäftigen, hielten sie mich als den geeigneten Mann dazu. Ich hätte um so weniger Veranlassung, das Anerbieten abzulehnen, weil nach meiner Ansicht die Hauptaufgabe des Schiedsgerichts sein würde, den Frieden wieder herzustellen zu versuchen. Ich bin in allen Verhandlungen in Wandsbet, welche ich mit den Afformmännern bestritten, trotz höchster Bezeichnung derselben, für den Frieden eingetreten und habe dabei die Zustimmung von Verbandsmitgliedern und Afformmännern gefunden. Daß unter solchen Umständen die Wandsbeter Afformmänner mich als Schiedsrichter vorschlugen, habe ich als einen Beweis dafür aufgefaßt, daß sie den Frieden wollten.“

Wenn es dem Schiedsgericht nun leider nicht geclückt ist, die Einigung zu Stande zu bringen, so ist es nicht meine Schuld, ich habe mir die rechtliche Mühe gegeben. Über ledigst das Schiedsgericht der Einigung hat es mit sich gebracht, daß ich als Schiedsrichter zu fungieren hatte und nicht als Friedensrichter.“

Wandsbet, den 28. Juli 1901.  
Ferd. Wietz,  
Vorsitzender des Wandsbeter Gewerkschaftsartells.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

Eigenart der einzelnen Länder bei der jetzigen Krisis. - Der Leipziger Bankrott. - Die Kaffeeer Trebergesellschaft und ihre Tochtergesellschaften. - Wäse, Pabulum und Großbanken. - Sassen und Berlin. - Die Synbilate. - Der Arbeitmarkt.

In Deutschland hat sich augenblicklich die kritische Lage am meisten zuspitzt. Wie es in den letzten Jahren neben den Vereinigten Staaten an der Spitze des Aufschwunges stand, so treten jetzt bei ihm die Folgen der Produktionsausdehnung und Ueberproduktion am schärfsten hervor.

Japan befindet sich seit längerem schon in jener gedrückt Stimmung und Lage, die dem wirtschaftlichen Aufschwung zu folgen pflegen. Mit der ganzen Internationalsituation eines jungen, selbstbewußten Landes hat sich Japan in die gewagtesten Gründungen von Fabriken, Verkehrs- und Handelsunternehmungen hineingestürzt, ohne daß die Ausbildung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse einem solchen Phantomschmuck zu folgen und einen entsprechenden dauernden Absatzmarkt zu schaffen vermöchte. Die Etocung und Krisis demogen Japan um so schwerer zu überwinden, als es für seine ökonomischen Fortschritte fast ganz auf fremdes, ausländisches Kapital angewiesen war und dieses nimmer in angestrebter Weise sich zurückzöge. Inzwischen wird diese Misere im fernsten Osten nur sehr mittelbar - durch den Druck auf Ausfuhrerwerbe und Schiffahrt - auf die europäischen Zustände zurückzuführen. Folgeschwerer gestalte sich hier schon die katastrophenhafte Entwicklung in Rußland. Hier ist der Staat schon

frühzeitig eingeführt; die Kohlenstoff, die asiatischen Wirren, das vorläufige Scheitern der Hoffnungen, die man auf die Größung des großen ökonomischen Schienenwegs gesetzt hatte, haben die Wirtungen des Zusammenbruchs noch verstärkt. Am tiefsten wird jedoch Rußland noch immer durch seine landwirtschaftlichen Notstände, aufgewühlt, und allen Anzeichen nach liegt bei Hungerkämpfenden ewig barbarenden Dauen wieder einmal der leidenschaftliche Hunger und die Hungernot am Tisch. Nur der Staat vermag gegenwärtig durch neue Anspannung bei gefälligen politischen Freunden und durch lebhaftere Fortsetzung der Eisenbahnbauten den allgemeinen Mangel etwas zu lindern. Freilich auch hier sind die ausländischen Geldgeber bedenklich geworden, da der gefährliche Militarismus trotz aller Friedensabgebungen des Zaren gewöhnlich wenig für die Kulturaufgaben übrig läßt und da auch der russische Staatshaushalt durch den Stillstand der Industrie und den Hochstand der Enten auf das Tiefste erschüttert werden muß. Aber Rußland hat den einen Vorteil, daß es noch immer ein (jwa) entwickeltes industrielles Land ist und daß in einem vorwiegend ländlichen Reiche die Katastrophen mehr in engerem Kreise sich abspielen und nicht sofort in tausendfachen Zusammenhängen durch alle Erwerbszweige sich unauflöslich fortpflanzen.

Frankreich zeigt weiter die eigenartige Stellung, durch die es seit ein paar Jahrzehnten bereits mehr und mehr charakterisiert wird. Es entwickelt nicht die industrielle Initiative, die vor Allen Amerika und Deutschland ausfallen. Das französische Volk war politisch recht revolutionär, ein Volk großer, bismarckischer Revolutionen ist es kaum je gewesen und heute scheidet weniger als sonst. Jedoch, es hat eine fleißige, sparsame häuerliche und gewerbliche Bevölkerung, deren Ersparnisse Anlage suchen und die Frankreich zu einem internationalen „Geldreservoir, zu einem bereitwilligen Geldgeber nicht bloß für Rußland, sondern auch für alle großen Zentralbanken, für alle möglichen Staaten in der Finanzwelt, für Eisenbahn-, Kanal-, Anlagen- und Fabrikgründungen an den verschiedensten Ecken der Erde gemacht haben. Das führt zeitweilig zu finanziellen Zusammenbrüchen von ganz ungewöhnlicher Art und Ausdehnung - man denke nur an den Panama-Kanal. Aber die eigentlichen Produktionskrisen hat Frankreich im letzten Jahrzehnt viel weniger ausgekostet, weil die Produktionsumwälzungen sich bei ihm in beschleunigtem Rhythmus vollzogen.

England hat ebenfalls beim letzten Aufschwung mehr - wie man sagt: eine „solche Entwicklung“ durchgemacht. Wie leicht hat auch der südaristische Krieg zuletzt mäßigend eingewirkt, indem er der Produktion zahlreiche Arbeitskräfte entzog, während er zugleich manchen Industriezweigen vorübergehend mehreren Absatz sicherte. So ist England wohl auch in ein langsames Wärmstücken seit etwa einem Jahrzehnt geraten und die Periode des Aufschwunges hat ihren Umschlag erlitten; zu einem ernstlichen, halbherzigen Aufzuge ist es jedoch noch nicht gekommen. Auch die bekannten, wertvollen Arbeitslosenüberschüsse der „Labour Gazette“ zeigen das deutlich: die Kurve der Arbeitslosigkeit steht zwar seit Aufbruch des Jahres 1900 dauernd höher als im Vorjahre, aber eben so sieht sie ausbauen hier und nunmehr als im Durchschnitt der zehn Jahre 1891 bis 1900. Ende Juni verzeichnete man bei 143 bezüchtenden Gewerkschaften (mit 641 651 Mitgliedern) 18 605 Unbeschäftigte, also 3,4 p. H. Das ist noch früheren englischen Erfahrungen noch immer mäßig und erträglich zu nennen.

Außer in den Vereinigten Staaten und in Deutschland die Vereinigten Staaten sind vielleicht am tollsten vom Taumel des Aufschwunges erfaßt gewesen. Der heimliche Absatzmarkt war ihnen längst schon zu eng für die ihrer Industrieerzeugnisse. Insek und für das anlagestehende Kapital wurden die heimischen Grenzen zu eng: Cuba, Porto Rico, die Philippinen mußten sich dem Kapital unter dem Sternbanner unterwerfen. Der äußeren Expansion entsprach die Weidung und Erhaltung aller industriellen Produktionskräfte im Innern. Vor einem Jahre segte der erste Streikstrom über diese Treibhausstille dahin. Der amerikanischen Zusammenbruch zog damals erst den Umschwung in Europa nach sich. Dennoch geschah das Unglaubliche, die amerikanischen Börse, die Produktion erholten sich von dem Schlage und dem Schreck, eine neue Aera der Spekulation, der Trübsalbildungen, des Ausfuhrwachstums setzte ein. Freilich, auf wie lange? Heute hat sich mit jeder Woche der Himmel immer finstlicher umgezogen und man wundert sich eigentlich über jeden Tag, den man dem sicheren Verhängnis noch abgewonnen hat. Nur die reiche Erde hält die Hoffnungen noch aufrecht.

Für Deutschland dagegen sind die schwarzen Tage nicht wieder gewichen. Im letzten Monat haben sie sich vollends in beängstigender Weise vermehrt.

Der Dresdener Kreditanstalt und den Dresdener Elektrizitätswerken ist am 25. Juni die Leipziger Bank hinab in den Duxus gesellt.

Die Nachricht von der Insolvenzerklärung kam der Börse böllig überraschend. Der Grund war viel tiefer als beim Dresdener Bankrott, weil die allgemeine Stellung der Leipziger Bank und ihre Beziehungen zur vielverzweigten sächsischen Industrie ganz andere waren.

Sie verfügte über ein Aktienkapital und Reserven von zusammen 63 Millionen Mark, sie gehörte einst zu den solidesten und angesehensten Bankinstituten Deutschlands; auch das Vorrecht der Notenausgabe hat sie einst bezeugt. Seit 1890 begann eine störfische Entwicklung, und in dem Direktor Genet hatte die Bank einen maßgeblichen Glücksritter an der Spitze. 1890 wurde das Kapital von 18 auf 24 Millionen Mark erhöht, 1896 bereits auf 32 Millionen, und 1898 auf 48 Millionen. Der Stern der Bank schien dem großen Publikum behändig im Steigen; es gelang der Verwaltung jedesmal, ihre Aktien zu einem höheren Kurs herauszubringen; von der letzten Emission soll sich allerdings noch ein ansehnlicher Teil in den Händen des Garantiefonjoriums befinden. Es handelte sich also um ein herverragendes Unternehmen, das speziell für das industrielle Sachsen, so für die Chemnitz- und Wäuerer Industrie, im Mittelpunkt des Bankverkehrs stand.

Dazu traten die sensationellen Zwischenfälle bei der Katastrophe „Angehorene Aufregung“ - (siehe das „Leipziger Tageblatt“) - bemächtigte sich der höchsten Geschäfts- und Handelskrisis, als die Zahlungsunfähigkeit der Leipziger Bank bekannt wurde; es entstand eine ungewöhnliche Menschenansammlung im Bankgebäude selbst und auf der mit Schwülsten besetzten Klosetto. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von der augenblicklichen Zahlungsstockung des Bankinstituts und wirkte niedererschlagend auf Handels- und

Finanzwelt ein. Von allen Seiten eilten betroffene Privatpersonen zwecks Einholung eines Aufschusses herbei. Das Ereignis hat den heimischen Platz schwer erschüttert. Am Tage darauf hatten fast alle Banken in Leipzig und in Sachsen einen Ansturm der erschreckten Gläubiger und Einleger ausgehalten. Am 27. Juni, nach der Staatsanwaltschaft den Direktor Egner in scheinbarer Verhaftung. Die Leipziger Bankantien notierten in Berlin 104 das heißt 129 pSt. unter der letzten Notiz. Am 28. Juni wurde auch Direktor Egner verhaftet — er ist später nur gegen hohe Kaution wieder auf freien Fuß gesetzt worden — das Vermögen der Direktoren und der meisten Aufsichtsräte wurde mit Beschlagnahme belegt. Am nächsten Tage beging der Leipziger Bankier Kroschmann Selbstmord. Bald darauf erschoss sich der Kaufmann Schäfer, ein Mitglied des Aufsichtsrates, in seiner Wohnung. Zahlreiche Leipziger Notable legten ihre öffentlichen Ehrenämter freiwillig nieder, um es später nicht unehrenhaft thun zu müssen. Später erfolgte auch die Verhaftung des Aufsichtsrateschefs Döbel.

Soweit hätte man noch ein menschliches Mitleiden fühlen können. Die heftige Entrüstung brach jedoch aus, als man erfuhr, in welcher Weise die Leipziger Bankleitung das ihr anvertraute Kapital verpulvert hatte: sie hatte der Kasseler Treberegelschaft, einer Treiberg blutiger Gründungen, über 88 Millionen Mark Kredit gewährt. Sie war der eigentliche finanzielle Rückhalt des Bankensystems von Unternehmungen gewesen, der sich aus der Kasseler Zentrale heraus entwickelt hatte und der sich jetzt unter heftigstem Verwünschungsgeruch auflöste.

**Altengesehäft für Trebererzeugung, das** stingt kaum, als hätte eine einzige Bank einige 80 Millionen Mark darin untergebracht. Aber die Kasseler Gesellschaft, die ursprünglich als kleines Unternehmen Dierebre und Mühlensöhne einer besseren Verwertung zugeführt hatte, war längst zu höheren Aufgaben übergegangen. Sehr reelle Bedürfnisse und technische Fortschritte, und allerlei topographische Hindernisse hatten die Tätigkeit dieser Gesellschaft schon früher gekennzeichnet, zuletzt jedoch war Alles reiner Schwindel geworden.

Es ist bekannt, wie bei einer Reihe von Industrien, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten, besonders bei den Sägemühlwerken an sich sehr werthvolle Rückstände beizubehalten, die jedoch weiter gehen und sich zerlegen, und darum sehr vergänglich sind und an einen engeren, lokalen Absatz gebunden sind; was an Ort und Stelle nicht verbraucht werden kann, wird zum todtten, werthlosen Abfall. Die Schlempe der Kattschelbereinigung, die Schmelze der Zuckerfabriken waren von jeher als Futtermittel für die Mäh- und Milchviehhaltung beliebt; alle diese landwirtschaftlichen Nebengewerbe haben daher mit harter Viehhaltung in Verbindung. Die Gesehäftsführung hat sich hier wesentlich deshalb so stark ausgebildet, weil die Viehhaltung der umliegenden Güter und Dörfer Werth darauf legen, sich für ihr Vieh- und Milchvieh einen Antheil an den Rückständen zu sichern. Inwiefern diese Viehhaltung im Norden des industriellen Betriebs kaum unter Umständen auch nur als notwendiges Uebel anzusehen sein, das man nur so lange mit in Kauf nimmt, wie die Abfälle aus weiteren Entfernungen nicht unterzuziehen sind. Findet sich ein Verfahren zu ihrer Konserbierung, so fällt nicht nur eine lästige Wirtschaftsgewinnquelle fort, sondern es erschließen sich vielleicht auch Absatzgebiete, die das Produkt noch viel besser verwenden und viel höher bewerten können.

So mag es denn auch richtig sein, daß die Kasseler Gesellschaft sich mit ihrem Verfahren zur Erzeugung der Brauereitreibere ein unbestreitbares Verdienst erworben hat. Sie hatte die patentirten Trockenapparate, die sie an die Brauereien lieferte; gewöhnlich übernahm sie dann auch den Absatz des erzeugten Döberproduktes, und sie machte sich auch sonst in mancherlei Weise nützlich. Das genügte jedoch ihrem Ehrgeiz bald nicht mehr. In allen Provinzen, im Inlande wie im Auslande, gründete sie Tochterunternehmen, die irgend ein neues Patent, das man in Kasel erworben hatte, für ihr Gebiet ausbeuteten und für deren Erzeugung die Kasseler Zentrale meist abermals als Verkaufsortorganisation diente. In Posenien, bei den Hinterwäldlern, wirkte eine solche Filialgründung, um der Welt die werthvollen chemischen Rückstände bei der Holzverkohlung nicht entgehen zu lassen; um den Betrieb auf die Höhe der Zeit zu bringen, mußte die **Schneiderische Elektrizitätsgesellschaft** in Nürnberg heranziehen, um die reichen Wasserkräfte der benachbarten Seen und Gewässer auszunutzen. Gerade auf Grund des Holzverkohlungspatentes waren in den letzten Jahren die meisten Tochterunternehmen entstanden, die man in Schwabenfurt, Weiskopfau in Ostpreußen, Hamburg, Wien, Lemberg, Helfingfors in Finland, Ilawa in Ungarn, in Kusland, in Nantes in Frankreich und noch anderwärts vorfindet. Es gehört eben die letzte Spekulationsperiode dazu — wo das kleine Geldkapital jedem Mäntzenfänger knifflig-gläubig nachließ —, um solche getheilten Erfolge verthesen zu können. Heute, in Abschwächungsummungen, wundert man sich natürlich, wie — so etwas möglich war. In ein paar Jahren hatte die Kasseler Gesellschaft ihr Aktienkapital von 1 auf 20 Millionen Mark erhöht. Um das Publikum anzulocken, wurde unter gewaltigem Lärm-Lärm der Kurs zu schwindelnder Höhe emporgetrieben, Dividenden wurden bis zu 60 pSt. ausgeschüttet. Das Patent Bergmann über Holzverkohlung begegnete von vornherein starken und begründeten Zweifeln. Aber je heftiger die Angriffe, um so dreister wurde das Auftreten der Treberfirma. Wahrscheinlich, noch niemals haben Verbrechen und Wahnsinn in solcher Weise mit fremden Gut wirtschaften können. Und viel zu lange schon ärgerte die trübige Gerechtigkeit, hier ihres Amtes zu walten. So löst sich in heftiger Empörung die „Post-Zeitung“, die allerdings für sich in Anspruch nehmen kann, den Schwindel bereits offen besprochen zu haben, als andere Blätter noch stillschwiegen.

Nach hier hat der Staatsanwalt eingreifen müssen. Direktor Schmidt war geflohen; den Aufsichtsrath Stumpf beschaltete man, auch über sein Vermögen ist der Konkurs eröffnet.

Das Alles hat den **Weserwerthen** abermals einen furchtbaren Stoß verleiht. Das „Publikum“, auf dessen Serargierung in guten Zeiten die Börse einen so großen Werth legt, um auch die kleinsten Kapitalbände und die letzten Sparhälter in den Strümpfen für die Wertlosigkeit mobil zu machen und auszuschöpfen — dieses selbe Publikum ist in kritischen Zeiten ein recht böses Anhängel. Es verliert beim ersten Schreckschuß jede Ruhe und läßt überlebung. Wenn der erste Mann fällt, steigt es in seiner Panik auch noch die paar

Besonnenen in seine Flucht mit fort. So ist denn auch jetzt kein Galten bei den ehemals gesuchtesten Industrien und Bankverwerthen mehr möglich; das Publikum wirft diese Werthe mit Verlusten ab, weil es später noch größere Verluste fürchtet. Sinken unter solchen Umständen die Kurse, dann werden auch die noch Aufgebühenden ängstlich, und so treibt ein Keil den anderen. Zum Theil handelt es sich auch um unfreiwillige Verkäufe, weil die Banken, um die eigene Stellung zu festigen, die so lange und überreichlich gewährten Kredite einschränken. Wie es heißt, wirkte auf die Banken hierbei ebenfalls vielfach ein Druck von außen: Die ausländischen Geldböden, die bisher willige Abnehmer deutscher Wertswechsel gewesen waren, haben diesen Verkehr eingeschränkt und so die deutschen Banken gezwungen, besser für sich selber und für eigene, jederzeit liquide Mittel zu sorgen.

Nur für die allergrößten und mit den allerreichsten Mitteln ausgestatteteten Banken ist die kritische Zeit eine Periode neuer profitabler Tätigkeit: man sanirt und läßt sich dabei gut bezahlen, auch wenn man dem Ertrittenen nur einen Strohhalm reicht; man springt als Heurer Helfer in der Noth in die Kassen, welche die Krisis im Augenblick gerissen hat, ohne daß jemals Gefahr da wäre. So hat die Deutsche Bank sofort Kassen in Leipzig und Dresden eröffnet, um den Kreditbedarf der bisherigen Kunden der Leipziger Bank und der Dresdener Kreditanstalt nach Möglichkeit zu beden.

Damit wird auch der Prozeß rascher fortgeschritten, der bisher durch die sächsische Sonderbank und die alten: ein gewurzelter Geschäftsbewandlung in Sachen verzögert und verhindert wurde: nämlich die engere Angleichung der sächsischen Industrie und des sächsischen Geschäftsbetriebs an die Berliner Banken und Börsenbörse. Berliner Wäiter plaudern auch diese Hoffnungen offen aus: „Sachen ist ein industriell hoch entwickeltes, reiches Land. Aber ein gewisser Paritularismus besteht dennoch weiter. Diese Abhängigkeit zeigt sich speziell auf finanziell-geschäftlichen Gebieten. Sächsische Behörden empfinden, selbst bei erdrückender Geldflut, eine gewisse Scheu, ihre Mittel jenseits der grün-weißen Pflanze anzulegen. So halten sich auch Privatunternehmungen am liebsten an den paritularischen Geldmarkt. Hätte die Dresdener Kreditanstalt nicht vorzugsweise im eigenen Lande ihren Kredit gesucht, dann hätte sie die kolossalen Summen-Werthe nicht so lange dem Verkehr verbergen können. Das gilt in noch höherem Grade von der Leipziger Bank. Von den 29 Millionen Mark Wechseln, die dieselbe für die Treberergesehäft weiter gab, waren in Sachen über drei Viertel untergebracht, also der Kontrolle des nationalen Geldmarktes entzogen. Ja, es soll, wie mitgetheilt wird, selbst ein königlich-sächsisches Institut zirka 11 Millionen Mark in Accepten der Treberergesehäft angelegt haben; auch andere, sonst sehr vorsichtige Institute folgten beträchtliche Engagements dieser Art angenommen haben. Solche Vorzommisse würden unmöglich werden, wenn man sich in Sachen ernstlich setzen wollte, Berlin als Clearing als Geschäftsbasis-Mittelpunkt zu betrachten. Dann würden in Masse auftauchende faule Wechsel sofort aufgefressen und an der richtigen Stelle abwirft werden. Die gefährdete finanzielle Abhängigkeit Sachsens erklärt es auch, daß man selbst in hiesigen (Berliner) Bankreisen von der Höhe der Treberergesehäft der Leipziger Bank überrascht wurde. Erst als bei der Leipziger Bank die Noth auch die Höhe gestiegen war, wandte man sich nach Berlin.“

So beschleunigt gerade die Krise wieder die Zentralisirung. Die kleinen Banken brechen zusammen oder geraten unter die Herrschaft der Großbanken; die kleineren Geschäftsmittelpunkte werden immer abhängiger von der großen Reichszentrale.

Im Uebrigen betonen wir immer wieder, daß diese aufregenden Vorgänge auf dem Gebiete der Bank- und Börsen-tätigkeit niemals unmittelbare Rückschlüsse auf die Verhältnisse in der Produktion gestatten. Sie sind niemals ohne Zusammenhang mit der Produktion und wirken ihrerseits auf die Produktion zurück, aber sie spiegeln die Entwicklung der Produktion in ihrer eigenen Weise und oft in sehr verzerrter, entstellter Form wieder.

Was die Produktion selber anbelangt, so wird man hier nur von einem weiteren Abbröckeln reden können. Kennzeichnend für die ganze Lage ist aber der Beschluß des **Koalitionsrats** vom 9. Juli: Die Produktions-einschränkung für das dritte Quartal von 25 auf 33 1/2 pSt. zu erhöhen. Der Ausfall an wirklich abgenommenen Mengen im ersten Semester hat, im Vergleich zu den Wätschlüssen, allein bei den Hohenwerthen 821 000 Tonnen betragen; eine größere Anzahl von Hohenwerthen wurden, bei der Worlanberbericht hervor- hob, niedergeblassen und das Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Produktion von Koals werde sich weiterhin vertiefen. Daß das Koalitionsrat sich trotzdem zu Preisermäßigungen wird verstehen müssen, geht wohl aus der Thatsache hervor, daß die preussische Staatsbahnverwaltung mit nichtigshndizierten Werthen zu günstigeren Preisen Abschlüsse getroffen hat.

Das rheinisch-westfälische **Koalitionsrat** nahmte sich noch vor ein paar Tagen, sein Preisniveau auch in Zukunft aufrecht erhalten zu können. Heute ist man schon viel kleinlaut und stellt meistens eine Preisermäßigung für das nächste Jahr als unwiderrücklich fest; bis zum 1. April noch viele Koalitionsabschlüsse zum früher festgesetzten Preise laufen. Aber die Frage ist eben, ob man diese unter ganz anderen Voraussetzungen abgeschlossener langfristigen Verträge weiter durch- führen kann.

Das **Koalitionsrat**, das schwer gefährdet schien, ist Ende Juni noch auf drei Jahre verlängert worden (bis Januar 1905).

Das **nordwest-mitteldeutsche Koalitionsrat** ist ebenfalls infolge des Konkurrenzkrieges der Außenstehenden — zum Theil infolge des wieder konkurrierenden Verbände — vor der Auflösung.

Die letzte Nummer der **Sächsische Arbeitermarkt** urtheilt sehr ruhig über die Arbeitsverhältnisse: „Nach den Ausweisen der Frankenkassen ist im Laufe des Monats Juni die Zahl der Beschäftigten nur ebenso, wie sonst nach den Viertelsjahresberichterungen ein wenig zurückgegangen (um 0,4 gegen 0,4 pSt. im Vorjahre). An den öffentlichen Arbeits-nachweisen drängen sich zwar im Juni um 100 offene Stellen 148,7 Arbeitstunde, während es in den entsprechenden Monat des Vorjahres nur 108,8 gewesen waren. Aber jene Zahl zeigt im Wesentlichen nur dasselbe Bild, wie der unmittelbare

vorangegangene Monat Mai (145,8); d. h. die Lage des Arbeits-marktes ist zwar gedrückter, aber es sind bis jetzt keinerlei Anzeichen dafür vorhanden, daß infolge der Bankkrise dieser Druck sich noch verschärfen hätte.“  
Berlin, den 20. Juli 1901. **Max Schippel.**

### Maurerbewegung. Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Im Streik befinden sich resp. ausgesperrt sind die Kollegen in **Salle a. d. S., Brenzlau-Graunow, Landsberg a. d. W., Ellenburg, Bissa, Neustettin, Friedland, Sternberg, Briel-Marin, Crivitz-Tramm, Wismar, Waren, Schmiedt, Kreuznach, Braunsfeld, Quelsen-Winnig, Heide-Garstedt-Miendorf-Winzigdorf.**

Gesperrt sind die Baute der Unternehmer **Witten & Böhler, S. Baumgarten, Carl Baumgarten, Eggers, S. Bielske, Korbung und S. Fahrnen** die Baute der **Watzwerke**; in **Reppen** die Baute des Unternehmers **Gustav Forchert**; in **Solz i. P.** die Baute der **Gehr. S. Kner**; die Baute des Unternehmers **Haben Arbeit in Witton und Pansig**; in **Sagard (Mügen)** die Baute des Unternehmers **Galtig**; in **Barmstedt** die Baute der Unternehmer **M. Timm, S. Bargmann, D. Preuß, S. Fischer, S. Wornbold, C. Wähling, B. Dolg, S. Gähgens, S. Witt und S. Krohn**; in **Witthof** die Baute des Unternehmers **Spangenberg**, weil er den geforderten Lohn nicht zahlt; in **Wagdeburg** der Bau des Unternehmers **Apel, Kaiser, Wilhelmstraße**; in **Dannenberg** die Baute des Unternehmers **Strauß**; in **Cüstrin** die Baute des Unternehmers **Kub**, wegen Maßregelung einiger Kollegen; in **Wusterhausen** die Baute des Unternehmers **Müller**; in **Sermbsdorf** die Baute des Unternehmers **S. Hebe**; in **Waidmannslust** die Baute der Firma **Warthauer & Seeger**; in **Königsberg i. Pr.** die Baute des Unternehmers **Entmann**; in **Merseburg** die Kanalisationsbaute, Unternehmer **Häfer & Co.** aus **Ober-Kassel (Siegkreis)**; in **Mühlhausen** der Bau der Zuckerfabrik, Unternehmer **D. Seidemann**, und in **Wachsmund** die Baute des Unternehmers **Geinr. Wahls**.

Differenzen, die leicht zum Streik führen können, bestehen in **Umnahburg bei Torgau**.

Durch **Zimmererstreik** sind die Maurer in **Mildeburg** gezogen in **Cöln und Cöslin**. — In **Bromberg** und **Neustetter i. Meckl.** streiten die Bauarbeiter.

Der Streik in **Witthof** haben ist endgültig beigelegt. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern wird vom 1. Januar 1902 ab ein Stundenlohn von 52 1/2 pSt. gezahlt. Maßregeln sollen nicht stattfinden, der Zugang soll freigegeben werden. Die Maurer haben sich mit diesen Abmachungen einverstanden erklärt.

In **Königsberg i. Pr.** ist über den Bau des Unternehmers **Entmann** wegen Lohnhöhenfragen die Sperrverhandlung.

Die Kanalisationsbaute in **Merseburg** sind gesperrt. Die Arbeiten werden ausgeführt von der Firma **Häfer & Co.** aus **Ober-Kassel, Siegkreis**. An den Baute sind große Mißstände vorhanden. Für die an denselben beschäftigten 260 bis 300 Arbeiter ist weder ein Abort noch eine Waubude vorhanden. Um diesem Uebelstand entgegen zu treten, fand eine Versammlung statt, in welcher der Magistrat aufgefordert wurde, helfend einzugreifen. Am anderen Tage wurden 7 Kollegen entlassen mit dem Bemerkten, sie formten sich von dem Arbeit geben lassen, der die Verammlung einberufen habe. Hierauf legten 11 weitere Kollegen ebenfalls die Arbeit nieder. Der Betriebsleiter erklärte, daß Keiner wieder eingestellt würde, es würden vielmehr alle an der Verammlung Theilnehmenden ebenfalls entlassen werden.

In **Süde** sind die Baute des Unternehmers **Süchtersfeld** gesperrt worden, weil er den Lohn um 6 1/2 pro Stunde gekürzt hat. Der Unternehmer weigert sich, mehr als 38 und 40 1/2 zu zahlen. Die Kollegen verlangen als Mindestlohn 42 1/2, was sicher nicht so viel verlangt ist. Früher wurden 45 1/2 bezogen. Ferner zieht der Unternehmer Süchtersfeld die vollen Krankenkassenbeiträge am Lohn ab, wiewohl er nach dem § 53 des Krankenkassengesetzes verpflichtet ist, ein Drittel der Beiträge aus seinen Mitteln zu zahlen. Verschiedene Kollegen haben die zu viel abbehaltenen Beiträge eingeklagt. Trotzdem Süchtersfeld schon verschiedene Male beurtheilt ist, die zu viel eingehaltenen Beiträge wieder zurückzahlen, fällt er sie ruhig weiter ab. Er soll sich sogar geäußert haben, wer damit nicht einverstanden sei, dem wolle er noch einen Pfennig vom Stundenlohn abziehen. Wie verlautet, soll der Unternehmer Kade sogar noch mehr als die vollen Beiträge einbehalten. Es ist Pflicht der Kollegen, den Unternehmern zu zeigen, daß sie auch die Gesetze zu respektieren haben. Vor Zugang nach **Harde** wird deshalb gewarnt.

Im **Waren** wird uns berichtet: Im Stand des Streiks ist eine Aenderung nicht eingetreten. Es ist ein Berliner (Kasseler) organisirter „Arbeitswilliger“ vorhanden. Die Unternehmer suchen in den mecklenburger Tagesblättern tüchtige Maurer in Trappus von 10—15 Mann. Dem Unternehmer Otto, welcher demüthigt hatte, mußten die Leute entzogen werden, weil derselbe Arbeiter, welche die Innungsmeister übernommen haben, mit seinem Sohne fertig stellte. Im Laufe der nächsten Woche dürften noch einige Kollegen zu den neuen Bedingungen in Arbeit treten. Auch die Unternehmer in **Stavenberg** und **Malchow** kommen den hiesigen Unternehmern zu Hilfe, indem dieselben Kollegen, welche schon vor Beginn des Streiks bei ihnen in Arbeit fanden, entlassen, angeht, weil dieselben dem Verbanne angehören.

Die streitenden Kollegen in **Wismar** beschließen, die Arbeit zu den von den Unternehmern ausgesetzten Bedingungen, zehneinhalbstündige Arbeitszeit und M. 8,80 Tagelohn, aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde den Unternehmern mitgetheilt, worauf die Gesellen die Antwort ertheilten, daß der Arbeitgeber beschließen habe, die Gesellen zu den alten Bedingungen in Arbeit zu stellen, soweit diese beschäftigt werden können, doch dürften diese dem Verbanne nicht angehören. Auf diese schamlose Zumuthung haben die Gesellen die einzig richtige Antwort ertheilt, daß unter dieser Bedingung von einer Aufhebung des Streiks nicht die Rede sein könne.

In **Sternberg** ist die Lage des Streiks unverbändert; die streitenden Kollegen sind fast alle abgesehrt. Der Unternehmer

Paris sich ab, die abgereichten Kollegen wieder außer Arbeit zu bringen, indem er, nach berühmten Mustern handelnd, überall schwarze Listen hinterließ, wo er nur streikende Sternberger Maurer in Arbeit ließ. Viel Erfolg hat er mit seinen Bemühungen noch nicht gehabt; er hat nur erreicht, daß die Gegenstände noch nicht beschlagnahmt sind. Seinen „Arbeitswilligen“ hat er für nächstes Jahr 35 1/2 Stundenlohn zugesagt; aber Versprechen und Gatten ist zuviel.

**Versammlungen und sonstige Bewegung.**

Der Zweigverein Berlin III (Nobisbüßer) hielt am 17. Juli seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung in den „Armin-Hallen“ ab. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt: Der wirtschaftliche Niedergang und dessen Wirkung auf die Gewerkschaften. Das Referat hatte Kollege Silberstein übernommen. Derselbe wurde jedoch in letzter Stunde am Erscheinen verhindert und mußte nun für ihn Kollege Hande eintreten. Derselbe hielt denn auch einen längeren, mit Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion sprachen die Redner größtenteils im Sinne des Referenten, kritisierte jedoch die letzten Berliner Streiks im Maurergewerbe und den jetzt für dasselbe bestehenden Vertrag. Nach Schluß der Diskussion erhielt Kollege Hande noch einmal das Wort, und überlegte dieser nun in glänzender Weise die Bedenken und Ausführungen einzelner Diskussionsredner, was ihm ein lebhaftes Bravo von der Versammlung eintrug. Hierauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt; dieselbe ergab für die Kasse eine Einnahme und Ausgabe von M. 848, für die Kasse eine Einnahme M. 514,07, eine Ausgabe von M. 1308,52. Die Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 224, darunter 26 Ausländer. Die Redner bestätigten die Wichtigkeit dieser Abrechnung und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In „Verschiedenes“ beschäftigte sich die Versammlung mit der erst unlängst in's Leben gerufenen sogenannten „Freien Vereinigung“, deren Statut die Mitglieder erörtert; Verlängerung der Arbeitszeit, Verkürzung des Lohnes. Die Handlungsweise dieser Vereinigung wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Leider mußte auch konstatiert werden, daß einige unheimliche Verbandsmitglieder sich dorthin gewandt hätten. Ungeachtet dieser Tatsachen beschloß die Versammlung, jedes Mitglied auszusprechen, welches bei dieser Vereinigung in Arbeit tritt. Der Anfang wurde mit dem Kollegen Adolf Weier gemacht, welcher laut Statut ausgetreten wurde. Ferner beschloß die Versammlung, jedes Mitglied als gemeldet zu unterfragen, welches infolge agitatorischer Tätigkeit von den Unternehmern auf die Straße gesetzt wird.

Der Zweigverein Breslau hielt am 16. Juli im „Gewerkschaftshaus“ eine Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst erging sich der Gesangsvereinsvorsitzende in langem Gesellen über den Autor des letzten Berichtes, in welchem ein dem Vorkommnis, das sich über eine Viertelstunde in heftiger Weise hingezogen, Roth genommen war. Durch das kritische konnte auch an der Thatsache nichts geändert werden, daß der Bericht so vollständig auf Wahrheit beruht. Kollege Wiers als Schriftführer erklärte denn auch in kurzer Rede, er habe nur seine Pflicht getan; der Ausdruck „Unterforscher“ rühre nicht von ihm her. (Wem denn? D. Red.) Eine Verhöhnung, wie sie nebenbei der Kollege Krüger verlangte, könne nur dahin erfolgen, daß auf Kosten der Wahrheit ein gefälschter Bericht erfolgen müßte. Kollege Zinckler erklärte vom zweiten Quartal den Massenbericht. Die Redner konnten, da sie noch nicht revidiert hatten, über die Lokalfondsarbeiten keinen Bericht erstatten. Kollege Köster sprach nun über den dritten Punkt der Tagesordnung: Die fälschliche Hauptpolizei und ihre Tätigkeit. Er resumierte seine Ausführungen dahin, daß die hauptpolizeilichen Bestimmungen seitens des Unternehmern wenig oder garnicht beachtet werden, da eine nachlässige Kontrolle seitens der Polizei stattfindet. Wir müßten wieder ein Lebenszeichen von uns geben. Nachdem noch verschiedene Kollegen recht traurige Mißstände zur Sprache gebracht, wurde folgende Resolution angenommen und dem Magistrat zur Kenntnisnahme übergeben: „Die heute im großen Saale des Gemeindefausthauses tagende Mitglieder-Versammlung spricht ihre Verwunderung darüber aus, daß die jetzt schon bereits seit einem Jahre bestehende Hauptpolizeiverordnung von Seiten der Interessierten so wenig respektiert wird. Desgleichen verurteilt die Versammlung die übergroße und für die Bauarbeiter schädlich wirkende Macht der Hauptpolizeibeamten und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft die einmal zum Schutze der Bauhandwerker und Arbeiter erlassenen Bestimmungen auch voll zur Ausführung gelangen.“ Die Druckarbeiten des Zweigvereins sollen bei einer tarifierten Firma in Arbeit gegeben werden, jedoch mit Ausschluß der Firma M. Zimmer. Ein Brief des hiesigen Buchdruckerverbandes wurde seines rigorosen Tones halber einer scharfen Kritik unterzogen. Der Frau des Kollegen Faustin aus Waidorf (Kr. Ohlau) wurden M. 50 aus dem Vergütigungsfonds bewilligt, vorläufig jedoch die Lokalkasse den Betrag auslegen. Der Kollege Fr. Gerlich auf der Bahnfahrt mit einem Tischler infolge dessen Prodigationen hinsichtlich unseres Verbandes in Thälitzheim und wurde Kollege Faustin allein zu einer Strafe von neun Monaten Gefängnis verurteilt, die er bereits verbüßt. Ein Kollege, der dem Verbands noch eine Summe Geldes schuldig war, wurde vor die Alternative gestellt, entweder in sechs Wochen den Betrag zu hinterlegen oder verurteilt zu werden. Nachdem noch Kollege Wilhelm Stark in die Bauarbeiter-Kommission gewählt, wurde mit dem üblichen Prozedere die nächst folgende Versammlung geschlossen. (Der Schriftführer wird ersucht, nicht so viele Vorfragen vorzunehmen und das Unterfragen einzelner Worte oder Satztheile zu unterlassen. Die Redaktion.)

In Düsseldorf tagte am Donnerstag, den 18. Juli, eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung, welche sich mit den Mißständen auf Bauten im Allgemeinen und mit den in letzter Woche vorgekommenen Unfällen im Besonderen beschäftigte. Nicht weniger als drei schwere Baumfälle waren in der Woche, die der Versammlung vorausging, zu konstatieren. Mit dem Ausschließungsgebäude verunglückte ein Zimmermann so schwer, daß ihm ein Bein abgenommen werden mußte. Bei dem Unternehmern Wid führte ein Zimmerer in das unbedeckte Treppenhäuser und war halb darauf eine Leiche. In einem Neubau an der Glabbacherstraße fand man am Montag einen Handlanger tot in Keller liegen. Da derselbe an dem Bau beschäftigt war, muß angenommen werden, daß derselbe ebenfalls abgetötet ist. Die Referenten Küder und Sanger ebensfalls am am hiesigen Orte bestehenden Mißstände im Baugewerbe. Es existiere wohl eine polizeiliche Vorchrift

über die Verhütung von Unglücksfällen, doch wird dieselbe meist angenommen, indem das Unternehmern lieber ein Protokoll von M. 10 begehrt, als Schutzbefehle zu erlassen, um das Leben der Bauarbeiter zu schützen. Würde diese Vorchrift über das Abdecken der Treppenhäuser befohlen, so hätte der tödlich verlaufene Unglücksfall in letzter Woche an der Ecke des und Oberstraße nicht stattfinden können. Hierfür seien nur die Baupolizeibehörde resp. ihre Organe, die Baukontrollanten, verantwortlich zu machen. Wenn die Baukontrollanten ihren eigenen Vorpflichten nicht besser Nachdruck verschaffen, so ist es kein Wunder, wenn das profitierende Unternehmern das Leben seiner Mitmenschen auf solche Weise auf's Spiel setze. Die Versammlung gehob energisch Protest gegen diese Dinge und verlangte die Nichtbefolgung der bestehenden Vorpflichten die sofortige Einstellung der Arbeiten an solchen Baustellen bezw. eine Verschärfung der Strafen für Zuwiderhandeln. In der Diskussion wurde mit der Hauptpolizei, sowie über die Tätigkeit der Baukontrollanten mit Bezug auf allseitige Innehaltung der Vorpflichten noch ein scharfes Wort gesprochen. Ferner wurden einige Bauten in Bezug auf Abwehr, Wandaugen und Gerüstverhältnisse, welche den bestehenden Vorpflichten geradezu Hohn sprechen, zur Kenntnis gebracht und hier energisch Mißbilligung verlangt. Folgende Resolution, welche der Hauptpolizeibehörde unterbreitet werden soll, gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung verurteilt nach Kenntnisnahme der in letzter Woche vorgekommenen Unglücksfälle auf's Schärfste die leichtfertigen, menschlichen Leidensfälle des Unternehmern. Die Versammlung erhebt energisch Protest gegen die Nichtachtung der bestehenden Vorpflichten durch das Unternehmern und verlangt strengste Ahndung bei Nichtbefolgung der bestehenden Vorpflichten.“ Gleichzeitig erklärte auch die Versammlung die Hauptpolizeivorpflichten als ungenügend und wünscht eine Umarbeitung derselben im Sinne des Vorgehens anderer Bundesstaaten (Bayern, Oesterreich, Sachsen) und anderer Großstädte Preussens, um in Zukunft derartige Unfälle zu vermeiden. Des Weiteren verlangt die Versammlung eine polizeiliche Verhütung, den Vertrauensleuten der organisierten Bauhandwerker den Zutritt zu allen im Stadtbereich vorkommenden Bauten zu gestatten, um so den Vorpflichten mehr Geltung zu verschaffen.“

In einer öffentlichen Maurerverversammlung in Eberfeld hielt Kollege Wuth einen Vortrag über die gegenwärtige Krisis und die Lage im Baugewerbe. So lange die privatkapitalistische Gesellschaft unumschränkt die Produktion und den Weltmarkt beherrscht, seien die Krisen einfach logisch. In der Jagd auf Profit arbeite der Kapitalismus in seiner Gesamtheit planlos und in blinder Hast darauf los, unbestimmt darun, ob die Produktion mit der Konsumtion Sand in Sand gebe, unbestimmt, ob Tausende und abermals Tausende von Arbeitern in übermenschlich langer Arbeitszeit, in Zeiten des industriellen Aufschwungs ihren gesunden Organismus zu Grabe tragen. Durch diese verwerfliche Produktionsweise werde eine Leberproduktion geschaffen, welche bedinge, daß die Arbeit plötzlich stoppe, infolgedessen die Arbeiter auf's Rasche fliegen und entweder dem Hungertode oder dem Verbrechen überantwortet werden. So ergäbe es dem Arbeiter, der die Werke schaffe. Mit seiner Familie hungere, sei sein Loos, nachdem er gehöhnt, alle Räder, Magazine und Getreidepreise füllen. Leider seien, so führte Redner weiter aus, auch die Eberfelder Maurer durch die allgemeine Geschäftskrise nicht wenig in Mitleidenschaft gezogen, zum die lokale Bauwirtschaft liege sehr im Argen. Während in den Jahren 1898, 1899, 1900 durchschnittlich 900 bis 1000 Maurer beschäftigt waren, habe eine in voriger Woche aufgenommene Statistik nur 449 ermittelt. Der vergangene Winter sei manchem unserer Berufs-kollegen sauer geworden. Jetzt in der Hochsaison könne man hier arbeitslose Maurer finden, und sie liege sich auch jetzt noch gerührt ansehen, ob die Zukunft etwas Besseres bringe. Dazu verstanden es einige hiesige Bauprojekte unterdessen, die gegenwärtige schlechte Konjunktur zu ihrem größtem Vorteil auszunutzen. Diese Herren sähen ganz vergessen zu haben, daß der Stundenlohn für Maurer 48 1/2 beträgt, denn sie bezahlten nur 42—43 1/2. Ein „Muth“-Unternehmer, Mähle, habe sogar die Unberücksichtigung besteuert, seinen Maurern 35 1/2 zu präferieren. Ein Unternehmer Sesse habe seinen Maurern 40 1/2 gezahlt. Als die Maurer dort die Arbeit niedertreten und die Wauperre verhängt wurde, gelang es Herrn Sesse, mit der Zeit seinen Bau mit Sandlagern und Behangungen unter Dach und Fach zu bringen. Aber man dürfe nicht fragen wie. Sätte die Hauptpolizeibehörde die Qualität des Maurerwerks kontrolliert, so hätte der Bau unbedingt gestoppt werden müssen. Die überigen lohn-reduzierenden Unternehmer sind die Herren Fröhling, Kampermann, König sowie ein gewisser Herr Baroth, welcher 40 1/2 zahlte. Ferner erwähnt zu werden bedienete die Handlungsweise des Herrn Fröhling. Selbiger sei in seiner Eigenschaft Vorstandsmittelglied der hiesigen Freien Baugewerksinnung und nebenbei auch Vorhänger des evangelischen Arbeitervereins hier. In einer Sitzung des Innungsverbandes mit dem Altgesellen, Kollegen Wuth, sagte Herr Fröhling wörtlich: „Wuth, wenn Sie den Maurern sagen, wir wollten die Lohn- und Arbeitsbedingungen ändern, dann legen Sie; nur den unseligen (schriftlichen) Vertrag wollen wir nicht.“ Herr Fröhling behauptet jetzt seinen Maurern nur 42—43 1/2. Wie reinlich sich das zusammenfügt? Wer hat also gelogen? Demerkenswert sei es, fuhr Redner fort, daß gerade die Arbeiter Fröhling's, die indifferent, also „treu“ seien und nicht mitgetreten hätten, jetzt den Lohnabzug befehlen. Manchem dieser Arbeiter würden wohl die Augen aufgehen, so daß sie endlich einsehen, daß nur eine starke Organisation die Notwendigkeit, Mithle der Unternehmer im Punkte zu halten im Stande ist. Redner richtet sodann an alle Anwesenden das Ersuchen, nicht zu erschließen an der Organisationsarbeit, sondern im Gegenteil immer fester die Bande der Solidarität zu schließen. — In der Diskussion stellte auch Kollege Valger das Versehen des Herrn Fröhling, in das richtige Licht. Es sei dies derselbe Herr Fröhling, der vor einigen Jahren in Altona auf einer Konferenz so scharf über den Terrorismus der sozialdemokratischen Arbeiter woterte. Beweise hierfür zu erbringen, sei Herrn Fröhling nicht eingefallen. Juristisch sei Herr Fröhling auf sein Versprechen nicht zu verpflichten, aber in moralischer Hinsicht sei es entschieden zu verurteilen, daß ein solches Versprechen nicht gehalten werde. Wie wolle z. B. Herr Fröhling sein Verhalten gegenüber dem evangelischen Arbeiterverein, an dessen Spitze er sich jetzt, rechtfertigen?

Am Dienstag, den 16. Juli, hielt der Zweigverein Erfurt eine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde von der Versammlung genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann erläuterte der Vorsitzende das

Regulativ für den Zweigverein, welches ohne Diskussion angenommen wurde. Bei der erforderlichen Neuaufnahme wurde die bisherige Verwaltung als geschäftsführender Ausschuss und zu Neuwahlen die Kollegen Gerold, Ludwig und Wöhring gewählt. Zu der am 4. August stattfindenden Konferenz der Zweigvereine in hiesiger Agitationsbezirk Erfurt soll Kollege Sparenberg als Delegierter entsendet werden. Hierauf wurde beschlossen, vom 1. August ab die Beiträge zugleich mit der Verteilung des „Grundstein“ einzufordern. Der Vorstand wird beauftragt, zu diesem Zwecke die Stadt in Bezirke einzuteilen und in diesen städtischen Kollegen mit der Einforderung der Beiträge und Verbreitung des „Grundstein“ zu beauftragen. Als Geschäftsführung sollen die Einfassler 4 der Einmündigen erhalten. Den Mitgliedern wird es zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß bei ihrer Abwesenheit auch die Erfuhrung den Beitrag leisten.

Der Zweigverein Götting (Ober) hielt am 21. Juli eine gute besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Der Kassierbericht vom 2. Quartal, vom Kassierer vorgelesen, wurde genehmigt. Sodann ersuchte der Vorsitzende die Mitglieder, freu zum Verbands zu halten und nicht das Weiße derer nachzugeben, die dem Verbands den Rücken gekehrt haben. Bei dieser Gelegenheit werden alle Zweigvereine aufgefordert, die aus dem Zweigverein Götting ausgeschiedenen Mitglieder nicht eher aufzunehmen, bis sie ihre hier Pflichten erfüllt haben. Beschlüsse wurde noch, das Stillschließen am 17. August zu feiern.

Der Zweigverein Hannover-Stöben hielt am Sonntag, den 21. Juli, zum dritten Male eine Mitglieder-Versammlung ab, welche sich zum Zweck eines neuen Vorstehens. Die ersten beiden Versammlungen waren von 20 und die dritte von 45 Kollegen besucht. Hieran kam man zu, welches Interesse die anderen 28 Kollegen für den Verband haben. Es ist hier die Stelle, daß jede Versammlung durch den Kassierer angeführt wird, aber wie es scheint, wäre es doch noch zweckmäßiger, einem jeden Kollegen noch eine besondere schriftliche Einlobung auszusprechen. Da uns dieses aber nicht möglich ist, so laden wir sämtliche Kollegen, welche bis jetzt nicht da waren, hiermit besonders zu dem am Sonntag, den 4. August, stattfindenden Versammlung herbeizutreten.

Am Sonntag, den 14. Juli, tagte in Gasse, im Lokale des Herrn Wagner, eine vom Zweigverein Götting einberufene öffentliche Maurerverversammlung, worin Kollege Drell über: „Die Krise im Baugewerbe“ referierte. Der Vortrag wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Im Punkt „Verschiedenes“ beschäftigten noch einige Kollegen die Mißstände an den Bauten. Ein Kollege, der im Frühjahr auf einem Bau, bei der Unternehmung Schweizer hochfahrig, gearbeitet hat, hob hervor, daß an diesem Bau überhaupt keine Baubüchse und auch kein Abort vorhanden waren. In den Frühstunden und Wesperepausen haben die Arbeiter unten im Keller klappt, wo sie den Müllergeschäften ausgesetzt gewesen sind. Ihre Notdurft haben sie in einem dunklen Winkel im Keller verrichtet. Einem anderen Kollegen, der bei der Firma Strattmann & Weibe arbeitet, wäre, da die Abdeckung sehr schlecht ist, vor nicht langer Zeit um ein Paar ein Stiel, der vom dem letzten Stock kam, um den Kopf gefallen. Zum Schluß wurde eine Resolution betreffs Bauarbeiterentzug einstimmig angenommen.

In Tübingen fand am 21. Juli die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt. Dieselbe war (wie gewöhnlich) sehr schwach besucht. Vor Eingang in die Tagesordnung erhoben sich von ihren Plätzen zu Ehren des bei 27 anderen Kollegen Hartwig von dem Magistrat. Zum Kartellbericht erklärte der Delegierte, das Gemeindefausthaus sei verboten worden. Der streikende Tabakarbeiter in Nordhausen seien M. 40 überwiefen. Auch wurde die Gründung eines Konsumvereins beschlossen. In Sachen des Kollegen Romanos stellte der Vorsitzende mit, daß die Sache jetzt der Berufsgenossenschaft übergeben sei. Auch wurden die Aussagen der Arbeitskollegen des Verunglückten (Karl Krüger, Troßdorf der Kollege Romanos erst 31 Tage in Krankenhaus gearbeitet hatte, haben die hiesigen Kollegen bei ihrer Bewegung ausgelagt, der Kollege hätte schon vorher an Pelicium gelitten. Weiter wurde das Verhalten der Arbeitskollegen des verunglückten Maurers Herzberg getadelt. Herzberg war ein sogenannter „Mauerer“, er war nicht organisiert und arbeitete während des letzten Streiks als „Arbeitswilliger“. Dies Alles hat aber keine Mitarbeiter nicht abgefallen; ihm zu seiner Beerdigung einen Kreuz zu spenden und ihm das letzte Geleit zu geben; nur drei Kollegen schlossen sich davon an. Der Kranz wurde aber von einem organisierten Maurer dem Leichenzuge vorgebracht. Es heißt zwar, man soll von den Toten nur Gutes reden, aber das, was organisierte Kollegen in diesem Falle getan haben, scheint des Guten doch ein wenig zu viel zu sein. Es fehlt nur noch, daß sie eine rethorische Sammlung veranstalten und sich noch dem Ertrag derselben Medaillen anfertigen lassen, die das Bild des verstorbenen Streikführers tragen.

Am 21. Juli hielt der Zweigverein Jämsitz eine Mitglieder-Versammlung ab, welche sich zunächst mit der Beitragsfrage beschäftigte. Beschlossen wurde, ab 1. Juli die Einheitsmarke einzuführen. Diejenigen Kollegen, welche in einer Woche länger als drei Tage arbeitslos sind, haben sich bei dem Kassierer zu melden. Die Kollegen von Sambörde haben diese Meldung bei dem Kollegen R. Schulz dorfselbst zu machen. Des Weiteren beschäftigte sich die Versammlung nochmals mit den bei der Firma Knauer in Berlin arbeitenden Kollegen, welche f. B. auf der Ausfertigung überfordert gearbeitet haben, und wurde besonders das Verhalten des Kollegen Gustav Blüte scharf verurteilt, welcher, um bei Knauer überleben und Sonntagarbeit verrichten zu können, bei einer anderen Firma deshalb aufhörte. Anknüpfend hieran wurde betont, daß jeder Kollege, der in einem anderen Orte in Arbeit steht, verpflichtet sei, die Versammlungen dort zu besuchen, sowie auch die dort gefassten Beschlüsse zu respektieren. Sodann wurde noch das Verhalten einzelner Kollegen, die in Nordau gearbeitet hatten, einer herben Kritik unterzogen und besonders das freche Benehmen des Kollegen Friedrich Gludis aus Sandring, den älteren Kollegen gegenüber, scharf verurteilt. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß jeder Kollege, der nicht in Berlin oder Stuttgart arbeitet (also die Einheitsmarke zu haben hat) bei der nächsten Besetzung der Beiträge die Streikfondsstärke jeweils Revision mit vorzulegen hat.

Was Witten wird uns berichtet: Die Bewegung der Maurer Witten ist seit dem Streik im Jahre 1899 sehr zurückgegangen. Dieser Mangelang hat seine Ursache zum großen Teil darin, daß der Streik nicht ganz so ausgefallen ist, wie es die Kollegen gewünscht hatten. Anstatt sich nun aber zu sagen, was wir beim ersten Antritt nicht erlangen konnten, muß beim zweiten nachgeholt werden, haben die Kollegen es vorgezogen, die Organisation, die es ihnen erst ermöglicht hatte, mit dem

Unternehmertum einen Strauß auszusuchen, den Mäkten zu zeigen: Alle möglichen Gründe sind hervorzuheben, um diese unerwartetliche Forderung zu entschuldigen. Da soll der Eine Diefes bezeugen haben und der Andere Jenes, wenn man aber von den Kollegen verlangt, Beweise für ihre Behauptungen anzutreten, heißt es in der Regel: „Gefagt worden ist es, aber wer es mir sagte, weiß ich leider auch nicht mehr.“ Keine Nebenkarren sind es also nur, die den wahren Grund, weshalb man nicht mehr im Verbands ist, verdecken sollen. In Wirklichkeit ist es das Gefühl der Abhängigkeit vom Unternehmer; Jeder will eben sich selbst sein, Jeder will es dem Anderen nachtun, um dem Unternehmer zu beweisen, daß er ein „tüchtiger Kerl“ sei. Wir sind gewiß die Besten, die etwas dagegen einzuwenden haben, wenn unsere Kollegen beibringen, tüchtige Kerle zu sein. Dadurch aber, daß sie dem Unternehmer bei jeder Gelegenheit schmeicheln, daß sie auf Kosten ihrer Mitarbeiter, ihrer Kollegen, die Günt des Unternehmern zu erwerben suchen, erwerben sie sich am allerwenigsten Ansehen; das Prädikat „tüchtig“ ist nicht nur derjenige, der dafür eintritt, daß seine und seiner Kollegen wirtschaftlichen Verhältnisse aufgebessert werden, der weiß, was er seiner Klassenlage schuldig ist. Das ist bei einem großen Teile der Maurer Kostens nicht der Fall. Und doch ist es auch hier bittere Not, daß die Kollegen sich aufraffen, um das Verfallene nachzuholen. Die wirtschaftliche Krise zieht immer größere Kreise; in vielen Orten ist auch das Baugewerbe schon davon betroffen. Die Unternehmer werden diese Periode benutzen, um überall die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Es wird ihnen dort gelingen, wo die Kollegen gleichgültig und kleinmütig der Organisation gegenüber stehen. Also auch in Köthen. Und doch sind die Köhner, daß die Kollegen unter allen Umständen der Aufbesserung bedürftig sind. Anfang Juli ist seitens des Verbandes eine Umfrage über die Höhe der gezahlten Löhne herausgegeben worden. Von 114 Kollegen, die befragt wurden, erzielten 240 M., 88 M., 4 87 M., 51 85 M., 2 84 M., 42 83 M., 4 82 M., 1 80 M., 2 80 M., 1 80 M., 1 25 M. pro Stunde. Diese Zahlen reden ganze Bände, sie beweisen, wie sehr notwendig es ist, daß die Kollegen alle ohne Ausnahme dem Verbands beitreten. Seitens des Gewerkschaftes ist bei dem Verbands die Agitation zu unterstützen. Ein Flugblatt, welches sich speziell mit den dringlichen Verhältnissen befaßt, ist unter Mitwirkung des Gewerkschaftes am 16. und 17. Juli in Köthen sowohl wie in den umliegenden Orten verbreitet worden. Der Erfolg war, wenn auch nur minimal, doch der, daß zum ersten Male seit dem Streik wieder eine größere Versammlung stattfinden konnte. Dieser war selbst von denen, die noch dem Verbands angehören, eine größere Anzahl nicht in der Versammlung erschienen, weil der letzte Zug mit der vierten Klasse in der Richtung nach Westfalen, wo ein großer Teil der Kollegen wohnt, schon 6 Uhr Abends von Köthen abfuhr. Wenn wir auch zugeben, daß ein Weg von zwei Stunden anstrengend ist, so ist es doch anstrengend, wenn die Kollegen den ganzen Tag über unter der großen Hitze gearbeitet haben, so muß aber das Interesse, die Organisation auszubauen, so stark sein, einmal dies Opfer zu bringen. Denn nur dann, wenn die Kollegen, die im Verbands sind, ihre Schuldigkeit thun, wird die zu entfaltende Agitation wirkungsvoll sein. In nächster Zeit soll nun wieder eine öffentliche Versammlung stattfinden. Sorge Jeder auf seinem Arbeitsplatz dafür, daß die der Organisation noch fern stehenden Kollegen dort aufmerksam gemacht werden, und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

In Wieslau tagte am 20. Juli eine öffentliche Maurerverammlung. Als Delegierter zur Konferenz in Leipzig wurde Kollege Mühs gewählt. Sodann legte der Vertretungs-mann Rechnung über die im Auftrage des Verbandsvorstandes einbrachten Beiträge. Einwendungen dagegen wurden nicht gemacht. Im Punkt „Gewerkschaftliches“ wurden einige in der letzten Zeit dorgekommene Unfälle zur Sprache gebracht, wobei sich herausstellte, daß auf einzelnen Bauten ganz entsetzliche Mißstände vorherrschten sind. Zum Schluß wurde noch die Stimmungskartensache einer Kritik unterzogen und die Kollegen ersucht, in allen Versammlungen dieser Klasse anwesend zu sein.

Aus Norden wird berichtet: Die flotte Bauwirtschaft, die sich in diesem Frühjahr bemerkbar machte, hält immer noch an. Eine Lohnserhöhung, die wir infolge dessen durchgehen konnten, hat viel zur Ausbreitung und Kräftigung des Verbandes an Orte und in der Umgebung beigetragen. Während in früheren Jahren an eine Lohnaufbesserung oder Abhängigkeit von Mischänden nicht zu denken war, hat seit der Tätigkeit des Verbandes sich Vieles hier geändert. Die Unternehmer haben einsehen gelernt, daß sich die Organisation nicht einfach bei Seite schieben läßt, sondern daß sie ein Faktor ist, mit dem gerechnet und verhandelt werden muß. Seit einem Jahre ist die Arbeitszeit um eine Stunde vergrößert und der Lohn ist in diesem Frühjahr auf 88 M. pro Stunde gestiegen. Durch diese Ertragssteigerungen haben wir es zu Wege gebracht, daß fast alle Kollegen am Orte dem Verbands beigetreten sind; auch in der Umgebung, auf dem Lande und den nächsten Flecken mehr ist die Zahl der Kollegen immer mehr. Mit unserer stillen Tage steht es auch ganz gut. Mögen aber auch die Kollegen alle dafür Sorge tragen, daß durch weitere Betätigung, Ausbreitung und Agitation der Zweigverein lebensfähig gehalten wird. Der Gedanke, daß auch einmal schlechte Zeiten kommen, wo das Ertragen bedroht wird, muß Jedem vor uns wach erhalten. Eine rege Tätigkeit muß entfaltet werden zum Wohl und Nutzen des engeren Kreises wie für das Wohl der Gesamtheit.

Am Mittwoch, den 24. Juli, hielt der Zweigverein Nordhausen seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Die Abrechnung für die Hauptkasse ergab eine Einnahme von M. 408,50, Barkasse M. 114,81. Ausgabe M. 71,83. Die Mitgliederzahl betrug 170, neu aufgenommen 45, ausgetreten 3, wegen Rückständiger Beiträge gestrichen 6. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassier Entlastung zu Teil. Um eine regelrechte Geschäftsführung herbeizuführen, wurde beschlossen, daß die Geschäftsführung alle 4 Wochen am Monatschluß die Gelder pünktlich abzurechnen haben. Als Delegierter zur Konferenz in Erfurt wurde M. Richter bestimmt. Nachdem wurde noch einige kleine Angelegenheiten geregelt. Vom Vorsitzenden wurde der nächste Versammlungsbuch gerügt und die Mitglieder aufgefordert zu agieren, damit die Versammlung, welche am 14. August stattfindet, besser besucht wird.

Am Sonntag, den 14. Juli, fand in Storkow eine öffentliche Maurerverammlung statt, welche nur von 15 Kollegen besucht war. Kollege Krause-Berlin sprach über den gegenwärtigen Stand der Organisation und forderte die anwesenden

Kollegen auf, die Fehenden zum besseren Versammlungsbuch anzuhalten. Es ist auch notwendig, daß die Kollegen wieder einmal auferklickt werden, denn ebenso schlecht, wie es mit dem Versammlungsbuch bestellt ist, ist es auch mit dem Besatz der Beiträge. Viele Kollegen müßten erst fünf bis sechs Mal gemahnt werden, ehe sie ihren Verpflichtungen nachkommen, und dann wollen sie noch dem Vorstand Vorwürfe machen, daß Diefes nicht so und Jenes nicht anders ist. Die Versammlung beschloß, die Einzelkassier wieder abzuschaffen, um Streitigkeiten mit den anderen Zweigvereinen, die das Zweimarkensystem beibehalten haben, zu verhüten.

Am 27. Juli hielt der Zweigverein Teterow seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, welche gut besucht war. Vom Kollegen Wolow, als Mitglied des Gellenausschusses, wurde mitgeteilt, die Zustimmung wünschste, daß dem Treiben mehrerer Kollegen, welche nach Teterow, Morgens vor Beginn der Arbeitszeit oder des Sonntags Flutarbeiten für sich übernehmen, Gehalt geboten werde, widrigenfalls die Zustimmung gegen diese Kollegen Maßnahmen treffen würde. Es wurde der Versammlung klar gelegt, daß mit diesem dem Verbands schädlichen System gebrochen werden müsse. Es scheint, als wenn die Kollegen das Prinzip unseres Verbandes noch nicht begriffen haben. Wir, die wir die Arbeitszeitverkürzung fordern, wollen doch jeder Kollege Interesse haben sollte, können das Ansehen der Innung nur begründen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß kein Kollege Privatarbeiten in der oben angegebenen Zeit verrichten darf, ausgenommen sind die Arbeiter, welche ein Kollege an seiner eigenen Wohnung macht. Diejenigen, welche diesen Beschluß umgehen, werden in eine Strafe von M. 1 genommen; im Wiederholungs-falle werden diese Kollegen der Innung mitgeteilt. (Es könnte bei manchem Kollegen der Gedanke kommen, es doch nochmals zu versuchen, mehr als rausgegriffener kann man nicht werden. Wir wissen aber, daß die Zahl der Inoffizienten am Orte eine ganz geringe ist. Wenn wir bei diesen direkt keine Maßnahmen treffen können, so thun wir es indirekt, indem wir jeden Fall der Innung mitteilen werden. Da wir mit Landarbeit zu rechnen haben, wird sich für diese Kollegen, ob sie dem Verbands angehören oder nicht, auch ein Platz finden, wo sie Gelegenheit haben, nach Teterow der Hilfe pflegen zu können. Der Berichterstatter.) Es wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden Kollegen ist, in der nächsten Versammlung zu erscheinen, um sich von dem Prinzip des Beschlusses zu überzeugen. Im Weiteren soll über das dies-jährige Vergütungsbuch beschlossen werden.

Am Sonntag, den 21. Juli, fand eine Mitglieder-Versammlung des Zweigvereins West hat; von 13 Mitgliedern waren 10 erschienen. Es wurde beschlossen, daß die Mitglieder mindestens einmal im Monat bei dem Vorstand, daß auch die „Christlichen“ eine Zahlstelle ihres Verbandes errichtet haben; hinzu kommt noch die Gewerkschaftliche einzelne Kollegen, die halb direkt, halb jener Organisation zugehörig, je nachdem es ihnen Vortheil bringt. Von den vier am Orte anwesenden Unternehmern stellen drei nur „christliche“ organisierte Maurer ein, während es dem vierten gleich ist, welcher Organisation die Kollegen angehören oder ob sie überhaupt organisiert sind. Erhält man sich bei dem Bestehen beschäftigt gewesener Kollege Teterow, wie dies kürzlich erst passierte, dann tritt er aus dem Verbands aus und läßt sich in den christlichen Verein aufnehmen, um wieder in Arbeit zu kommen. Die Kampfmittel, die die „christlichen“ Brüder den Verbandskollegen gegenüber in Anwendung bringen, sind alles Anders, nur nicht nobel. Ein „christlicher“ Geis-sporn hat z. B. die Polizei gegen den Verband mobil zu machen versucht: „Es würden in den Versammlungen nur immer sozialdemokratische Geschwätz erzählt werden.“ In dieser Weise wird zu demoralisieren versucht. Auch der Lokalwirth wurde aufgefordert, dem Zweigverein das Lokal zu entziehen, anderenfalls sei die „christlichen“, nicht dort tagen könnten. Fräulein hat diese Agitation den Gegnern nicht gebracht, es sei denn, sie rechneten zu ihren Errungenschaften den Feh, der sich in einem jeden halbwegs anständigen Menschen recht vor sich kühnend Gehören. Ausgeschlossen ist das bisherige Mitglied Paul Schulz, Buch-Nr. 289408.

Der Zweigverein Wismar e. d. L. befaßigte sich in seiner Mitglieder-Versammlung am 21. Juli zunächst mit den Kollegen, die dem Verbands nicht angehören. Nachdem sich mehrere Kollegen hierzu geäußert, wurde beschlossen, die Geldgeschäfte noch einmal aufzuordern, ihrer Pflicht zu genügen; thun sie dies nicht, dann soll ihnen die Aufnahme für ein Jahr verweigert werden. Auf Antrag des Kollegen Seibbaum wurde beschlossen, den Unternehmern Klime nicht wieder in den Verband aufzunehmen. Der Kollege Schwarz wurde mit der Vertretung des „Grundstein“ beauftragt. Weiter wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung einen Delegierten zu bestellen und den Versammlungsbuch durch Stempel im Mitgliederbuch zu kontrollieren.

Eine Mitglieder-Versammlung tagte am Sonntag, den 21. Juli, in Wittstock. Sie befaßigte sich zunächst mit der Neuwahl eines ersten Bevollmächtigten; gewählt wurde Kollege Aug. Senebich. Darauf gab Kollege Senebich bekannt, daß noch elf Kollegen an der Spere befristet sind. Schulz-Berlin machte es den Kollegen zur Pflicht, besser auf dem Posten zu sein als bis jetzt; auch die in Arbeit stehenden, zu den neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen hätten die Pflicht, auf die Arbeitswilligen einzuwirken; damit die Arbeit ruhiger laufe. Weiter forderte Kollege Schulz alle diejenigen auf, Wittstock zu verlassen, welche unerbittlich oder nicht durch ihre Familien daran hindert sind.

**Die Streits im Jahre 1900.**

Die General-Kommission vertritt in „Correspondenz-Blatt“ die von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden geführte Streitpolitik. Danach sind im Jahre 1900 in 45 Werken 893 Streits mit 116 711 Beteiligten geführt worden, die einen Kostenaufwand von 2 986 080 betru-gen. Einige Gewerkschaften haben außerdem noch kleinere Lohnbewegungen und Sperrten gemeldet, haben aber brauchbare Angaben für die tabellarische Zusammenstellung nicht gemacht. Unter Sinezurechnung dieser Streits würde sich die Gesamtzahl auf 984 und die der beteiligten Personen auf 116 214 erhöhen.

Unter den 116 711 Streitenden befanden sich 4270 weibliche Personen. Die 893 Streits dauerten 23 989 Tage, einschließlich der Sonn- und Feiertage, so daß auf jeden Streit durchschnittlich 27 Tage entfallen. Von den Streits waren

375 = 44,1 pht. erfolgreich, 215 = 25,3 pht. theilweise erfolgreich und 217 = 26,6 pht. erfolglos, während für 21 der Ausgang nicht bekannt ist und 19 am 1. Januar 1901 noch nicht beendet waren. Gegenüber dem Vorjahre hat sich das Verhältnis zu Unfällen der Arbeiter geändert. Im Jahre 1899 waren 55,7 pht. der Streits erfolgreich und nur 21,9 pht. erfolglos. Da die Organisationsverhältnisse im letzten Jahre nicht ungünstiger geworden sind, so dürfte der geringere Erfolg bereits als eine Wirkung der sich besser entwickelnden wirtschaftlichen Konjunktur anzusehen sein.

Es ist der Versuch gemacht, auch den Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst der Streitenden festzustellen, jedoch ist dies nur für wenig über die Hälfte (von 116 711 für 62 278) der Streitenden und für 608 von 852 Streits möglich gewesen. Die Möglichkeit einer solchen Feststellung ist bei der Art der Führung der Streitenden in die nach einheitlicher sind verpflichtet, jeden Streitenden in die nach einheitlichem Schema hergestellte Liste einzutragen. Die Zahl der auf jeden Einzelnen entfallenden Streittage ergibt sich ohne Weiteres aus der Liste. Da weiter auch der Lohn, welchen der Streitende bei Ausbruch des Streits erhielt, in der Liste verzeichnet werden soll, so kann der Gesamtverlust an Arbeitsverdienst durch ein einfaches Rechenexempel festgestellt werden. Da die Führung der Streitenden in die nach einheitlichen Formulare an die Streitleiter stellt, so ist es bei der Statistik der Sache erforderlich, daß einzelne Mäkten bleiben, die später nach Weinigung des Streits nicht mehr ausgefüllt werden können. Da nur für 63 pht. der Streitenden der Verlust an Arbeitszeit und für eine geringere Zahl der Schlichte aus dem Arbeitsverdienst festgestellt ist, so lassen sich in diesem Jahre angegebenen Zahlen nicht ziehen. Es sind in diesem Jahre diese Angaben nur in die Statistik aufgenommen, um die Beteiligte anzuregen, für die Zukunft auch hierüber genaue Aufzeichnungen zu machen. Für die Arbeiter selbst und ihre weitere Stellungnahme bei Differenzen sind die Listen über weitere Stellungnahme bei Differenzen von großer Bedeutung, den Verlust an Arbeitsverdienst nicht von großem, in oder sie werden wenigstens die Arbeiter vorbedacht wird, einen Streit einzutreten, wenn ein solcher erforderlich ist, unter dem vollen Bewußtsein, daß der Kampf unter der Führung der wirtschaftlichen Kräfte zu führen ist, treten die Arbeiter in einen Streit ein. Es ist das letzte Mittel, das ihnen zur Verfügung steht, um die ihnen unbillig erscheinenden Verhältnisse zu ändern. Es wird in solcher Situation die Verhältnisse der Beschäftigten, die die Opfer, auch bei ruhigen Erwägungen die Beschäftigten annehmen sind, welche die Streits erfordern, dem Gewerbe einfluß ausüben auf die zu fallenden Beschäftigten, deren Einfluß ausüben vermögen. Die Streits sind leider nur zu oft nicht nur nutzlos, sondern auch die augenblicklich gestellten Forderungen zu erreichen, sondern auch die Unternehmer vor, welche großen Verluste die Streits ihnen bringen und wie gering dagegen die erzielte Lohnserhöhung oder Arbeitszeitverkürzung ist. Solchen Reuten gegenüber müssen die Arbeiter bestimmte nach- weichen können, daß es leeres Gewerbe ist, die Streits brachten schließlich den Arbeitern größere materielle Verluste als Vortheile.

Es giebt aber Leute, die sich den Kopf darüber zerbrechen, ob für die Arbeiter durch die Streits materielle Vortheile erzielt werden. Sie rechnen den Arbeitern vor, welche großen Verluste die Streits ihnen bringen und wie gering dagegen die erzielte Lohnserhöhung oder Arbeitszeitverkürzung ist. Solchen Reuten gegenüber müssen die Arbeiter bestimmte nach- weichen können, daß es leeres Gewerbe ist, die Streits brachten schließlich den Arbeitern größere materielle Verluste als Vortheile.

Im Jahre 1900 wurden 44 Streits geführt, um eine Lohnserhöhung, oder Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn- erhöhung durchzusetzen. In diesen Streits waren 80 881 Personen beteiligt. Im Durchschnitt entfallen bei den An- griffstreits 22 Streitunterstützung auf jeden Streitenden für diejenigen, für welche der Verlust an Arbeitsverdienst festgestellt ist, entfallen pro Kopf M. 70, angenommen diese Verhältnis wäre bei allen an den genannten Streits Be- teiligten das gleiche, so würde für diese an Streitunter- stützung und Verlust an Arbeitsverdienst M. 7 800 452 zu be- rechnen sein. Von den am Lohnserhöhung und Arbeitszeit- verkürzung Streitenden hatten 24 787 vollen und 82 811 theilweisen Erfolg. Eine erzielte Lohnserhöhung von durch- schnittlich M. 2,50 pro Woche würde einen Mehrlohn von M. 7 456 240 im Jahr ergeben. Das Anlagekapital, welches die Arbeiter bei den Streits betretenden, vermag sich also recht gut. Hierzu kommt aber die große Zahl von Fällern, in welchen die Streitandrohung genügt, um die Unternehmer zur An- erkennung der gestellten Forderungen zu bewegen.

Die größte Zahl der Streits hatten die Maurer zu führen. In diesem Gewerbe wurden 467 Streits geführt. Dann folgen die Holzarbeiter mit 111 und die Metallarbeiter mit 100 Streits. Die größte Zahl der beteiligten Personen hatten die Holzarbeiter mit 17 435, dann folgen die Berg- arbeiter mit 16 820, die Maurer mit 15 284, die Handels-, Transport- und Verwerksarbeiter mit 12 468, die Metall- arbeiter mit 10 622 und die Schneider mit 6064 Beteiligte. In allen anderen Gewerben wurden weniger als 5000 Streitende geführt. Die geringste Zahl, mit 9 Streitenden, hatten die Grubeure.

Von den 852 Streits waren 614 oder 80,3 pht. An- griffstreits und 888 oder 89,7 pht. Abwehrstreits, nach der Uebersicht über die Streitbewegung in den 11 Jahren von 1890 bis 1900 weisen die Jahre ungünstiger Wirtschaftsk- onjunktur eine größere Zahl Abwehrs als Angriffstreits auf. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß das Jahr 1900 ein günstigeres gewesen sei als 1899, weil im letzteren nur 65,6 pht. aller Streits Angriffstreits waren. Es tritt wohl hier dieselbe Erscheinung zu Tage, wie in den Jahren 1890 und 1891, in welchen die wirtschaftliche Depression begann und doch 85 pht. aller Streits Angriffstreits waren. Es fällt also die größte Zahl der Angriffstreits nicht mit dem Höhepunkt der günstigen Konjunktur zusammen. Im Gegen- theil, es wird angenommen sein, daß die Unternehmer in dieser Periode sich nachgiebiger erweisen werden und es nicht zu einem Streit kommen lassen, während sie beim Abflauen der Konjunktur sich ablenkender gegenüber den gestellten For- derungen verhalten. Der wirtschaftliche Niedergang setzt sich vollendet auch deutlicher in der Streitbewegung an dem Aus- gang der Angriffstreits, als an der Zahl dieser Streits. Während 1899 66,8 pht. derselben erfolgreich waren, endeten 1900 nur 48,1 pht. mit vollem Erfolge. Auch die Jahre 1890 und 1891 weisen einen geringen Prozentsatz (86,7) erfolgreicher Angriffstreits aus.

Die den Angriffstreits waren 88 788 Personen = 76 pht. aller Streitenden beteiligt. Die Streits dauerten insgesammt 24 074 Tage und kosteten M. 1 940 828 aus.

habe. Von den um Verkürzung der Arbeitszeit geführten Streiks waren 68,7 pZt. erfolgreich, von den um Lohn-erhöhung geführten 46,6 pZt. Insgesamt hatten von den 86788 an den Angriffstreiks Beteiligte 27366 = 31,5 pZt. vollen und 33088 = 38 pZt. theilweisen Erfolg zu verzeichnen.

Abwehrstreiks wurden 338 mit 28925 Beteiligte, 8914-tägiger Dauer und 975 841 Kosten ge- führt. Darunter waren nicht weniger als 46 Ausperrungen mit 14 680 Beteiligte. In 15 Fällen wurde von den Arbeitern Austritt aus der Organisation gefordert, und 78 Streiks wurden durch Maßregelungen hervorgerufen. Von den Ausperrungen erfolgten 4 wegen Feiern am 1. Mai. In diesen durch die Unternehmer willkürlich hervorgerufenen Arbeitsverhinderungen waren nicht weniger als 21 669 Per- sonen beteiligt, das sind 74,5 pZt. aller an Abwehrstreiks Beteiligte. Von den Abwehrstreiks waren 138 = 40,8 pZt. erfolgreich, 54 = 16 pZt. theilweise erfolgreich und 120 = 35,5 pZt. erfolglos. Auch für das verflozene Jahr ergibt sich also, daß die Abwehrstreiks einen geringeren Erfolg als die Angriffstreiks haben. Den größten Prozentsatz bezüglich des Erfolges weisen die Streiks auf, welche eine Verlang- erung der Arbeitszeit abzuwehren sollten. Von diesen waren 63,6 pZt. erfolgreich, während von den zur Abwehr einer Lohnreduzierung geführten Streiks 46 pZt., bei den wegen Maßregelung hervorgerufenen 87,2 pZt. und bei den wegen des Streubes der Koalitionsrechtes geführten Streiks nur 20 pZt. erfolgreich waren. Vollen Erfolg hatten bei den Abwehr- streiks 9702 = 33,5 pZt. der Beteiligte, theilweisen Erfolg aber nur 4420 = 15,3 pZt. der Beteiligte. Bei den wegen Maßregelung geführten Streiks hatten von 6048 Beteiligte nur 1079 = 17,8 pZt. vollen Erfolg.

Ins diesen Ziffern geht auf's Neue hervor, daß sehr genau erwohnen werden muß, ob bei einer Maßregelung zum Streik gegriffen werden soll. Wenn nicht zu befürchten ist, daß infolge einer Maßregelung, zu deren Abwehr nicht in einen Streik eingetreten wird, eine Verschlechterung der all- gemeinen Position der Arbeiter eintritt, dann ist es zweck- mäßiger, die Kräfte zu sparen und zu gelegener Zeit dem Unternehmer Nachgiebigkeit vor der Organisation herbeizuführen.

In den 2287 Betrieben, welche von Streiks betroffen wurden, waren 181 740 männliche und 6201 weibliche, zu- sammen 187 941 Arbeiter beschäftigt, von denen 111 441 männliche und 4270 weibliche, Beschäftigte die Arbeit ein- stellten resp. an den Streiks beteiligt waren. Von den Streikenden gehörten 71 293 männliche und 2651 weibliche, zusammen 73 944, ihrer Gewerkschaftsorganisation an. Davon waren jedoch nur 66 703 (35 654 männliche und 1058 weibliche) sechs Monate vor Beginn des Streiks organisiert. Es waren also von den 116 711 Streikenden 41 767 unorganisiert und 79 008 waren bei Beginn der Streiks noch nicht sechs Monate durch die Organisation geführt und zur Solidarität erzogen. Dieses ungünstige Verhältnis dürfte nicht nur für den Erfolg der Streiks nachteilig sein, sondern vielfach auch Veranlassung dazu geben, daß der Unternehmer, in der Hoffnung, die Unorganisierten würden nicht mit streiken, eine gütliche Einigung mit den Arbeitern von der Hand weilt.

Sollten aber diese Zahlen nicht auch beweisen, daß es eine Verkündung der Streikenden ist, wenn behauptet wird, wie es in dem Bericht der Hallenser Handelskammer für 1900 geschieht, daß junge Leute die Führer in den Streiks seien, „unselbstige Menschen und Wortföhler“. Nur vom bornierten Unternehmerstandpunkte aus kann man zu der Annahme gelangen, daß es solchen Leuten gelingen könnte, die unorganisierten Arbeiter zur Arbeitseinstellung zu be- zwingen. Auch der Umstand, daß trotz des ungünstigen Organi- sationsverhältnisses eine beträchtliche Zahl der Streiks erfolg- reich war, dürfte beweisen, daß es nicht die untüchtigsten Arbeiter sind, welche sich an den Streiks beteiligen. Wenn vielfach bei der Leitung der Streiks jüngere, unberührte Arbeiter, im Vordergrund stehen, so lediglich deshalb, um die Opfer im Kampfe nicht zu groß werden zu lassen. Verfolgt doch das Unternehmertum die Arbeiter, welche einen Streik leiteten, mit grenzenlosem Haß, und versucht es doch mit allen Mitteln, solchen Arbeitern die wirtschaftliche Existenz zu ver- nichten, wobei die Verfolgten sich auch flüchten mögen. Das Solidaritätsgefühl ist es, was die Arbeiter betreibt, die älteren, verheirateten Arbeiter dieser Verfolgungswuth nicht preisgeben. Erbärmlich aber ist es, solche Verhältnisse durch rücksichtslose Brutalität zu schaffen und dann darüber zu geln, daß junge Leute vielfach als Streikführer anerkannt werden. Die 87 268 verheirateten Personen, welche an den Streiks beteiligt waren und für die Ernährung von 61 872 Kindern unter 14 Jahren zu sorgen hatten, mühten sich Gefühl haben, wenn sie leichtsinnig ihre eigene und die Existenz ihrer Angehörigen auf's Spiel setzen wollten. Schändlicher Weise ist das Verantwortungsföhler bei den Arbeitern stärker entwickelt, als bei den Leuten, welche sich berechtigt glauben, ihnen den Wortwurf leichtsinnigen Streikens machen zu können. Gegenüber dieser großen Zahl Ver- heirateter, welche an den Streiks beteiligt waren, wird das Material, welches man durch Angabe der Zahl der Personen, die unter 21 Jahre alt sind, gegen die Streiks in der amtlichen Statistik herbeschaffen will, seine Wirkung verfehlen.

Aber auch aus einem anderen Theile der von den Gewerkschaften geführten Statistik ergibt sich, die unwirksam die Behauptung von den „frivolten“ Streiks ist. Die Forde- rungen der Arbeiter wurden in 1974 Betrieben für 12 008 Arbeiter ohne Streik bewilligt und konnten 11 465 Arbeiter zu den von den Arbeitern geforderten Bedingungen arbeiten. War es für einen so großen Theil der Unternehmer möglich, den Anforderungen der Arbeiter zu entsprechen, so mühte diese Möglichkeit auch für die anderen Unternehmer ge- geben sein.

Die Ausgaben, welche zur Streikführung erforderlich waren, wurden im letzten Jahre zum größten Theile von den Gewerkschaften aus ihren Kassen gedeckt. Von der Gesamt- ausgabe von 2 936 030 kamen 2 487 863 aus der Ver- bandskassen, 232 932 aus freiwilligen Beiträgen der Mit- glieder, 160 036 aus Sammlungen, 59 607 von anderen Gewerkschaften und 5800 aus dem Auslande. Es wurden demnach 84,4 pZt. der Ausgaben aus der Ver- bandskassen gedeckt. Es ist dies der höchste Prozentsatz, der bisher erreicht wurde. Durchschnittlich kamen von 1890 bis 1900 von den Mitteln für die Streikführung 60,8 pZt., ins- gesamt von den 14 838 788, welche die Streiks kosteten, 8 658 778 aus den Verbandskassen.

Die amtliche Statistik ist in diesem Jahre weit früher abgegeschlossen als im Vorjahre und liegt bereits vor. Einige allgemeine Zahlen der amtlichen und der gewerkschaft- lichen Statistik mögen hier einander gegenüber gestellt werden.

Die amtliche Statistik zählt 1462 Streiks mit 122 808 Beteiligte, die Gewerkschaftsstatistik 862 Streiks mit 115 711 Beteiligte.

In der amtlichen Statistik sind also 628 Streiks, jedoch nur 6589 Beteiligte mehr verzeichnet als in der Gewerkschaftsstatistik, das sind ein Drittel mehr Streiks, jedoch nur ein Bruchtheil mehr Beteiligte.

Die Zahl der Streiks wird in der amtlichen Statistik immer höher, die Zahl der Beteiligte immer niedriger sein als in der Gewerkschaftsstatistik. In der amtlichen Statistik werden die Streiks nach Verwaltungsbezirken gezählt, so daß ein Streik mehrmals gezählt werden kann, der in der Gewerkschaftsstatistik nur einmal gezählt wird, weil er von derselben Organisation geleitet und infolge gemeinsamen Beschlusses der in mehreren Verwaltungsbezirken wohnenden Beteiligte herbeigeführt ist. So zählt z. B. die Gewerkschaftsstatistik im Braunfelsbergbau drei Streiks, und zwar im Weidenhagen, Zeiter und Hallenser Becken, während die amtliche Statistik hier 17 Streiks zählte. So erheblich sind allerdings die Abweichungen nur bei den Bergarbeitern, weil in keinem anderen Gewerbe für so weite Gebiete gemein- sam eine Arbeitsstellung beschlossen wird. Aus der verschiedenen Zählungsmethode der beiden Statistiken kann also die bedeutende Differenz der beiden Ergebnisse sich nicht allein erklären lassen. Vielfach wird diese Erklärung bei dem vorzunehmenden Vergleich der Einzelstreiks sich er- geben.

Die Zahl der Beteiligte wird in den beiden Statistiken nicht übereinstimmen, weil in der amtlichen Statistik nach einer „Höchstzahl“ der gleichzeitig Streikenden gefragt wird. Diese „Höchstzahl“ kann unter Umständen nur die Hälfte der an einem auf eine größere Zahl von Betrieben sich erstreckenden Streik Beteiligte darstellen. Dies kann eintreten, wenn an der Arbeitseinstellung nicht sofort alle in den Betrieben Beschäftigten sich beteiligen, sondern später eine größere Zahl hinzu- tritt, während gleichzeitig in anderen Betrieben, infolge Be- willigung der Forderungen, die Arbeit wieder aufgenommen wird. Diese Zählungsmethode der amtlichen Statistik ist falsch, und ist es bedauerlich, daß das Statistische Amt an ihr festhalten zu wollen scheint. In der Gewerkschaftsstatistik wird dagegen jeder Einzelne gezählt, der an einem Streik beteiligt ist. Ob aus diesem Umstand allein die bedeutende Abweichung, (ein Drittel Streiks, jedoch nur ein Bruchtheil Streikende mehr) in den Ergebnissen der beiden Statistiken resultirt, be- darf einer näheren, längere Zeit in Anspruch nehmenden Prüfung.

Nach der amtlichen Statistik waren von den 1433 Be- endeten Streiks 1127 = 79 pZt. Angriffstreiks und 806 = 21 pZt. Abwehrstreiks. Nach der Gewerkschaftsstatistik waren 60 pZt. der Streiks Angriffstreiks und 40 pZt. Ab- wehrstreiks.

Wie hier nach den Angaben der Unternehmer und den Annahmen der „untergeordneten Polizeiorgane“ die Ursache der Streiks anders beurteilt wird, als dies seitens der Ar- beiter geschieht, so wird auch bei den Ausgang resp. das Re- sultat der Streiks von diesen beiden Seiten verschiedenes be- urtheilt werden. Nach der amtlichen Statistik waren von den Streiks 275 = 19,2 pZt. erfolgreich, 505 = 35,2 pZt. theilweise erfolgreich und 653 = 45,6 pZt. erfolglos, während die Gewerkschaftsstatistik über 44,1 pZt. erfolgreiche, 25,3 pZt. theilweise erfolgreiche und 25,6 pZt. erfolglose Streiks be- richtet kann.

## Dem Bau.

### Anfälle, Arbeiterhug, Submissionen etc.

Düsseldorf. Am Nachmittag des 25. Juli strömten zwei aus dem Aufstellungsgebiete im Bau begriffene Hallen ein. Derselben wurden von den Firmen S. Lehmann und Hüfong hergestellt und hatten eine Länge von 80 m und eine Breite von 25 m. Das Unglück geschah dadurch, daß die Ver- ankerung der Säulen in den Fundamenten nur mäßig war. Seit lange Wochen hatte man dieselben auf 15 cm abgehauen und nicht einmal hervorgehoben. Durch die Schwankungen, welchen dieselben in ihrer kolossalen Höhe und Stärke ausgesetzt waren, mußte die Katastrophe eintreten. Verunglückt ist ein Zimmerer. Ein großes Glück ist es, so bemerkt dazu unser Berichtsführer, daß sich die Arbeiter vor selber Zeit von dem Bau entfernt hatten, sonst wären wohl mehrere getödtet worden. Wen aber trifft hier die Schuld? Die Sachlage des Unternehmertums kennt keine Grenzen, für jeden Schuldpreis werden die Arbeiten in Submission angenommen, an den Arbeitern soll es dann herausgehoben werden, und man bestoft dann die Taktik jenes Köpfers, welcher sagte: „Junge, halt den Ofen, ich werde das Geld holen!“ Wo war die Vaulung? Wie kam es, daß der leitende Architekt die große Pflichten nicht erdachte? Freilich, die Arbeiter an- zuziehen und antreiben ist leichter und einfacher, als dem Unternehmer auf die Finger-legen, damit solche Konstruktions- mächwerke nicht vorhürnen. Mit welcher Unterferrenheit und Leichtfertigkeit hier gebaut wird, ist bekannt. Unsere Waupolizei- Vorchriften sehen meist nur auf dem Papier. Wozu brauchen wir überhaupt eine Waupolizei, wozu deren Vorchriften? Wozu sind die beiden Wautenkontroleure angestellt? Es müssen immer erst ein paar blühende Menschenleben vernichtet werden, ehe man die Vorchriften nachkommt. Es wird die höchste Zeit, daß endlich einmal auf diesem Gebiete Menebur geschaffen wird, dann die Bauarbeitler sind empört über die Fahrlässigkeiten, welche in Düsseldorf begangen werden. Wie genauhaft die Wauproben hier gegen die Waupolizeivorchriften verfohren, beweist die eine Thatsache, daß ein einziger städtischer Wautenkontroleur im ver- floznen Monat 109 Protokolle machen mußte. Und daher verlangen die Arbeiter — wie die vielen Unglücke beweisen, mit Recht — noch dreimal intensivere Arbeit der Waupolizei.

Frankfurt a. M. 26. Juli. Beim Aufstellen einer Ballonplatte am Neubau des Reichshotels „Fürstendahl“ am neuen Schauspielhaus verlagte die Bremsvorrichtung der Aufzug- maschine, so daß die einige Zentner schwere Platte aus der

Höhe des dritten Stockes hinabstürzte. Der 21 Jahre alte Maurer Friedrich Jost aus Dreieichenhain wurde von der Platte getroffen und war sofort tot. Zwei andere Arbeiter erlitten schwere Verletzungen.

Ganobler. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Montag, den 23. Juli, auf dem Neubau Vollastr. 1. Infolge Gerüchbruchs stürzte die Arbeiter Demmer und Nistenpart aus einer Höhe von 10 m in die Tiefe. Demmer blieb auf der Stelle tot, während Nistenpart schwere innere Verletzungen erlitt; er wurde nach dem Krankenhaus geschafft.

Söln a. Rh. Am Dienstag, den 23. Juli, stürzte bei dem Neubau an der Breitenstraße das Kellergebäude ein; mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Nach angelegter Tätigkeit der Feuerwehr wurde ein Maurer tot herbeigeholt.

Braun. Auf einem dreißigtägigen Neubau in Wyßtan löste sich das Dachgebälz ab und stürzte auf das Gerüst, das unter der Schwere der Last nachgab. Von den drei auf dem Gerüst befindlichen Mauern konnte sich nur einer rechtzeitig durch einen Seitenprung auf den Dachboden retten. Die zwei anderen Arbeiter stürzten in die Tiefe. Einer blieb auf der Stelle tot, der andere starb eine halbe Stunde nachher. Ein siebenjähriger Knabe, der zufällig des Weges kam, wurde von den herabstürzenden Trümmern verfehlt und war gleich- falls tot.

Bautrup in München. Die Folgen der gegen- wärtigen Krise äußern sich auch in München und zwar namentlich in Form eines Baukrachs. Die Waulpsektion hat in der ungemein reich sich entwickelnden Stadt in den letzten Jahren in einer Weise gewirkt, die Lebenskraft an die Berliner Grünberperiode erinnert. Man kommt von Zeit zu Zeit die Meldung, ein Baumeister sei verstorbt, der so und so viel fertige Häuser unvernichtet und unzer- käuflich stehen habe. Erst in den letzten Tagen ist wieder ein solcher Waulpsektion verstorbt, dem sehr leere, her- schaffliche Häuser geblieben. Trotzdem aber ist ein Enten der sehr hohen Wohnungspreise nicht maßzunehmen. Die Haus- bewohner halten nämlich die künstlich in die Höhe getriebenen Mietpreise; weil ihnen bei einer Ermäßigung seitens der Banken wegen mangelnder Rentabilität sofort die Hypo- theken gekündigt würden. Dann allerdings mühte bei den äußerst ungelunden Münchener Verhältnissen eine unüber- sehbare Katastrophe heranzubringen.

Milde Strafe. Wegen Vergehens gegen die Bau- vorchriften hatte sich vor dem Landgericht in Dresden der 27 Jahre alte Tischler und Bauunternehmer Gustav Adolf Brück in Köthenbroda zu verantworten. Der Ange- klagte ließ in Mannheim drei Köthenbroda einen Neubau aufzuführen, in den auch mehrere Schaufenster eingebaut werden sollten. Gestelbt waren sechs Eichenträger von be- stimmten Dimensionen der Vorrichtung zum einziehen. Wahrscheinlich aus Sparmaßregeln wurden auch ein- und zwei ihm ein Bekannter gerathen haben toll, daß es auch ge- inge, ließ Brück nur drei solcher Träger anbringen. In- folgedessen stürzte am 3. April dieses Jahres ein Theil der Fassade ein, wobei sechs Arbeiter mit Verletzungen, von denen fünf mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Brück wird, weil ein strafbares Verschulden seinerseits als erwiesen gilt, zu 300 Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis verurtheilt.

Submission mit haarer Zuzahlung des glücklichen Ueberrückers. Ein Submissionsverfahren, das der Magister Magistral beanstandet hatte zum Zweck der Erhöhung eines Theiles des für den Neubau einer Gasanstalt bestimmten Grund- stücks, zeigte einen recht eigentümlichen Erfolg. Während ein Unternehmer für die Aufhöhung M. 9600, ein anderer M. 6000 und ein dritter M. 2000 forderte, haben andere Unternehmer für dieselbe Leistung die Zahlung einer Geldsumme versprochen, nämlich ein Unternehmer M. 200, ein zweiter M. 500 und ein dritter gar M. 1000. Die Differenz zwischen dem glühlichsten und dem unglücklichsten Angebot beträgt also 10 600. Die zuständige Deputation hat natürlich den Zuschlag demjenigen Unternehmer ertheilt, welcher sich zur Zahlung von M. 1000 verpflichtet hat.

Zementsubmissions. Bei der kürzlich von der Königs- lichen Eisenbahndirektion Berlin beanstandeten Submission auf 1 000 000 kg Zement wurden laut „B. Z.“ von schlesischen Fabriken M. 1,65 pro 100 kg = M. 2,80 pro t à 170 kg, von mitteldeutschen Fabriken M. 1,69 pro 100 kg = M. 2,87 pro t, von steiniger Fabriken M. 2,18 pro 100 kg = M. 3,70 pro t, und von Berliner Fabriken M. 3,25 pro 100 kg = M. 5,52 pro t ab Fabrikation „gefordert“. Diese Zahlen geben ein herbes Bild von den gegenwärtigen mäßigen Verhältnissen in der Zementindustrie. Die Preisveränderung zwischen der höchsten und der niedrigsten Forderung beträgt nahezu 100 Prozent. — Das Nordwest-Mitteldeutsche Portland-Zementfabrikat offerirte nach Königsberg i. Pr. Portlandzement aus der Portlandzementfabrik Brüning & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Schönebeck a. Elbe, zum Preise von M. 1,46 pro Sac à 56 $\frac{1}{2}$  kg, so daß franco Baustelle unter Berücksichtigung der Sachverhaltung von 20 3 ein Preis von M. 3,78 pro t von 170 kg sich ergibt. Die Wasserfracht von Schönebeck nach Königsberg beträgt mindes- tens M. 1,80 pro t, so daß ein Nettopreis von M. 2 pro t be- reit, wozu noch die Kosten des Transports zum Schiff zur Baustelle abgehen.

Die Gefahren der elektrischen Drähte für Bau- handwerker werden durch folgenden Vorfall illustriert: In Straubing wollte ein Maurer, der mit Sandmehden beschäftigt war, unter die über das Dach gehenden elektrischen Drähte kriechen. Hierbei kam sein Hals mit einem der Drähte in Verührung, was zur Folge hatte, daß der Mann an der betreffenden Stelle Wundwunden erlitt. Durch einen plötzlichen Ausbruch, womit er sich von der gefährlichen Leistung entfernen wollte, wäre er beinahe abgestürzt. Um dem zu begegnen, hielt er sich mit der einen Hand an dem elektrischen Draht fest, mit dem Erfolge, daß er von diesem nicht mehr los kam. Auch seine Hand zeigte Wundwunden, und er wurde ohnmächtig. Ein anderer Maurer, der seinem beunruhigten Kameraden zur Hilfe eilen wollte, wurde gleichfalls von elektrischen Stromen erfaßt und konnte erst durch Uebergießen mit Wasser freigemacht werden. Allen Arbeitern, deren Beruf es mit sich bringt, auf Dächern zu steigen, über die elektrische Drähte führen, möge dieser Unfall zur Warnung dienen.

Ans anderen Berufen.

\* Der Generalstreik der Glasmacher ist nunmehr zur Hofbahn geworden. Die Unternehmer haben das Angebot des Vertrauensmannes der Glasmacher, mit ihm beifügige Beilegung der Differenzen und Abwendung des Generalstreiks in Verhandlungen einzutreten, mit möglichem Schweben überlassen. Da andererseits nicht anzunehmen ist, daß die Arbeiter ungestraft wären und ihre Forderungen zurückgenommen hätten, so ist also jetzt der Kampf in allen Glasmafabriken Deutschlands entbrannt. Nach einer Mitteilung der „S. N.“ sind auf folgenden Fabriken die Arbeiter mit einigen wenigen Ausnahmen nicht erschienen: Hensburger Glasfabriken, Ernst Feldmann, Hensburg; Gannoverische Glashütte, Gannholz bei Hannover; Sein u. Dietrichs, Glasfabrik, Bergedorf bei Hamburg; Ostf. Böndel, Glashütten, Brunsbüttel bei Stade; A. Lagershäuser, Stabinggen (Sch.-Lippe); Stralauer Glashütte A. G., Stralau bei Berlin; Stralauer Glashütte G. G.; Fabrik Metallhütte, Naunhof, Ober-Kauff. Auf den Fabriken Vereinigte Glashüttenwerke A. G., Altona-Nienjen und C. G. Göttes Glasfabriken, Altona-Nienjen, wird nach wie vor gearbeitet; die Arbeit niedergelegt hat dort Keiner. Von 23 Fabriken stehen noch die Nachrichten aus.

\* Der Kampf um das Koalitionsrecht der Nordhäuser Holzfabrikarbeiter ist noch immer nicht beendet. Zwar sind in der letzten Woche Unterhandlungen angeknüpft, doch ist ein Resultat bisher nicht herausgekommen. Wächst unterer Kollegen wird es sein, die Nordhäuser Tabakfabrikarbeiter in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Es geschieht dies am besten dadurch, daß sie den Fiskus der Firmen, welche das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkennen, nicht konfuzieren. Als solche kommen in Betracht die Fabrikanten: C. A. Kniff, C. A. Sanebacher, Berlin und Bonn, F. C. Berche, S. & N. Wittig, Rothhardt & Co., G. Meddersen, Seefeld und Stein. — Zu empfehlen sind die Erzeugnisse der Firmen Henrich & Schumann, Grimm & Triebel, Walter & Sevin, Algenstätt & Wadrobt und Steinhardt & Hellmuth.

\* Der Zentralverband der Formstecher etc. hielt am 14. und 15. Juli in Einbeck (Hannover) seine Generalversammlung ab. Dieselbe war von 18 Delegierten besetzt; außerdem waren der Zentralvorstand, Kassierer und Arbeitsnachweisspiker anwesend. Von der Generalkommission war Genosse Regien erschienen. Aus dem Bericht des Vorsitzenden geht es zu entnehmen, daß die Organisation sich ziemlich gut gehalten hat. Von den in ganz Deutschland überhaupt beschäftigten 680 Formstechern sind 380 organisiert, also circa 65 pzt. Durch die einschlägige Ausfertigung 1899—1900 tragen nicht nur alle Waarmittel erheblich, sondern auch noch eine verhältnismäßig hohe Schuldlast zu bedenken. Die Organisation ist ihren Verpflichtungen nachgekommen und hat bereits wieder einen Kassendebet von M 5045 zu verzeichnen. Im Allgemeinen ist man mit der Leitung zufrieden, und wurde auf Antrag dem Kassierer Dehagere ertheilt.

Der Zentralverband der Arbeiter aus dem Eisen- u. Stahlwerkzeug-Gewerbe gibt seinen Bericht, aus dem hervorgeht, daß die Einrichtung des Arbeitsnachweises eine recht vorteilhafte für die Mitglieder ist. Der Nachweis hat Verbindungen mit Frankreich, Oesterreich und dem Nachweis in Brüssel. Zur Statutenberathung wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt.

Der Punkt Presse wurde beschlossen, das bisherige Publikationsorgan, die „Wochenblatt-Wacht“, vom 1. Oktober ab zu beilegen und an deren Stelle wurde beschlossen, die „Zeitschrift für Gravure und Ciseleure“ zu beilegen.

Zum Punkt Unterstützungswesen befristete besonders der zweite Vorsitzende Gesper die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, sowie Verbesserungen der bereits bestehenden Unterstützungsanstalten. Derselben sollen nicht Selbsthilfe, sondern Mittel zum Zweck sein, um die Mitglieder besser noch als bisher an den Zentralverein zu fesseln. — Die Entwürfe der Statutenkommission wurden gutgeheißen und die Presse- und Umzugsunterstützung weiter ausgedehnt beschlossen. Ferner wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen, jedoch soll hierzu auch noch eine Uebersichtnahme stattfinden.

Beim Sterbefall der Frau eines Mitgliedes oder bei Sterbefall eines Mitgliedes soll an dessen Hinterbliebene eine Beihilfe aus der Verbandskasse gezahlt werden.

Der Punkt Vorstandsausschluß wurde beschlossen, den Zentralrat von Hildesheim nach Berlin zu verlegen. Zum 1. Vorsitzenden wurde E. Rudolph in Berlin gewählt. Der Ausschluß verbleibt in Leipzig. Als Vorsitzender derselben wurde Unger wiedergewählt.

Regien führt aus, daß er durch Wohnortwechsel den Generalversammlung über Mandat aufgefahrt sei, besonders darüber, daß man von einer Sonderorganisation der Formstecher rede. Er müsse gestehen, daß die Eigenart des Berufes eine solche Organisation, wie dieselbe besteht, bedinge, und er hoffe, daß auch nun die noch stellenweise herrschende andere Ansicht bald schwinden möge.

Zum Delegierten für den nächsten Gewerkschaftskongress in Stuttgart wird der neue Vorsitzende bestimmt.

\* Der Deutsche Metallarbeiterverband konnte am 1. August d. S. auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Am 1. bis 6. Juni tagte im Jahre 1891 zu Frankfurt a. M. die Allgemeine deutsche Metallarbeiterkongress und am 4. Juni folgte der Kongress der Berliner, Schloffer, Formner, Feilerhammer und Maschinen, auf welchen die entscheidenden Beschlüsse gefaßt wurden über die Gründung eines Metallarbeiterverbandes (Union). In der Nachmittags-Sitzung des 4. Juni wurde ein Antrag eingebracht:

Der zu Frankfurt a. M. tagende Kongress der Metallarbeiter Deutschlands beschließt die Gründung einer allgemeinen Metallarbeiter-Union mit nach Lage der Verhältnisse zu errichtenden örtlichen Faktionen.

In namentlicher Abstimmung mit 102 gegen 20 Stimmen bei 4 Stimmenthaltung angenommen.

Daß der Verband seine Hauptaufgabe in der Vertretung des Interesses der Arbeiter erblicke, das ging aus dem zum zehnten Punkt der Tagesordnung: „Die Maßnahmen der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen“, einstimmig angenommenen Resolution hervor:

„Der in Frankfurt a. M. vom 1. bis 6. Juni abgehaltene Kongress der deutschen Metallarbeiter erhebt entschiedenen Protest gegen jene Organisationen der Unternehmer, welche gegen

Gesetz und Recht es sich zur Aufgabe stellen, den Arbeitern das Koalitionsrecht unzulässig zu machen und durch Verbreitung von schwarzen Listen und gefälschten Zeugnissen den organisierten Arbeitern die Geltung erschweren.

Inbesondere protestirt der Kongress gegen den Geheimbund der Berliner Metallindustriellen und spricht sein Bedauern aus über die Theilnahme der Behörden an diesem unzulässig ungesetzlichen Unternehmen.

Einen tiefen Blick in die Verhältnisse des Verbandes gewährt ein Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben in den zehn Jahren des Bestehens der Organisation, sowie über die Zahl der Mitglieder an den Jahresabschlüssen.

Table with columns: Jahr, Vermögensstand am Ende des Jahres, Einnahmen mit Vermögensstand vom Vorjahre, Ausgaben, Mitglieder. Rows for years 1891 to 1900.

Ueber die Kassendebetstände giebt nachfolgende Aufstellung Aufschluß:

Table with columns: Jahr, Vermögensstand am Ende des Jahres, Einnahmen mit Vermögensstand vom Vorjahre, Ausgaben. Rows for years 1891 to 1900.

Unter den Ausgaben waren für:

Table with columns: Jahr, Streiks, Rothstand, Rechtschutz, Selbsthilfesausschuss, Sachorgan. Rows for years 1891 to 1900.

\*) Einschließlich Streikunterstützung.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* Status vom Werth der Innungsgerichtsgerichte. Aus Gera wird uns berichtet: In Urtheil, welches verdient, weiten Kreisen bekannt zu werden, wurde am 20. Juli d. S. vom Innungsgerichtsgericht in Gera gefällt. Ein Kollege hatte für noch drei seiner Arbeitskollegen am 6. Juli beim Innungsmeister Schlichter in Gera Arbeit ausgemacht, und sollten selbige am 8. Juli anfangen. Als die Kollegen am 8. früh erschienen, erklärte Schlichter, nachdem er denjenigen, der die Arbeit ausgemacht, in sein Comptoir gerufen hatte, für diese Arbeit Andere eingestellt zu haben. Als der Kollege diese Nachricht seinen am dem Hofe wartenden Kollegen überbrachte, beschlossen sie, andere Arbeit zu suchen, und von Schlichter den Tag verläßt zu verlangen. Aber wer nicht noch anzutreten war, trotz dreimaligen Auffindens, das war Schlichter. Unwillig darüber, verlagten sie denselben vor dem Innungsgerichtsgericht, hätten aber beinahe noch müssen gute Worte sagen, damit, sie das hohe Gericht nicht noch bestrafe. Sie wurden mit ihrer Klage abgewiesen, weil sie nicht mit Schlichter verhandelt hatten. Der Schlichter erklärte auch, daß er mit dem Arbeit ausmachenden Gesellen verabredet habe, daß Alle bis Sonntag ihre Karten bringen sollten, was nicht geschehen sei. Dabei hätte sich auch der eine Arbeiterbesitzer (ein Kollege der Kläger) bemühen, zu erklären, daß die Karten auch vordem hätten abgeliefert werden können. (In welchem Gesetzbuch steht das geschrieben?) Der andere Besitzer hätte sich in dieses Schweben, oder war er sich bewußt, daß sie Beide auf Kommando der Unternehmer da seien, und nicht, wie es das Innungsgesetz verlangt, als Vertreter ihrer Klassenorganisation? Und wer zweifelt nun noch an der gegenwärtigen Einrichtung der Innungsgerichtsgerichte?

5 Prozent = 0. Diese famose Gleichung kommt bekanntlich dem Reichsversicherungsamt. So hat es namentlich am 12. Oktober 1896 die Aufhebung eines Schiedsgerichtsurtheils folgendermaßen begründet:

Das Schiedsgericht hat den Bescheid der Berufsgenossenschaft lediglich dahin an dem zu sollen geglaubt, daß es dem Kläger statt 20 pzt. 25 pzt. der vollen Rente zusprach. Es hat sich damit nicht im Rahmen seiner eigentlichen Aufgabe, eine nachprüfende Instanz zu sein, gehalten. Vom Standpunkt der Nachprüfung eines Festsetzungsbeschlusses der Genossenschaftsinstanz aus läßt sich nicht sogleich behaupten, eine Erhöhung auf 20 pzt. sei deshalb unrichtig, weil die nachprüfende Stelle der Meinung ist, 25 pzt. sei angemessen. Derartige geringe Abweichungen liegen noch innerhalb der natürlichen Fehlergrenze, die für jede Erhöhung besteht, und berechnen sich nicht dazu, die höhere an die Stelle der geringeren Erhöhung zu setzen.

Fünf Prozent sollten überhaupt in Rentenprekalkulationen als eine erhebliche Größe nicht angesehen werden, weder bei der ersten Rentenberechnung, noch

bei der Rentenminderung, noch endlich — wie hier — bei der Nachprüfung vorinstanzlicher Entscheidungen.

Berufsgenossenschaften haben unter Berufung auf diese obergerichtlichen Entscheidungen schon erklärt, daß sie für eine Verminderung der Erwerbsfähigkeit von nicht mehr als 6 pzt. überhaupt keine Renten zahlen. Ein fribaldiger Fall solcher Bestimmung wird in dem „Vorwärts“ jetzt wieder mitgeteilt:

Der Arbeiter A. hat am 15. Juni 1900 einen Unfall durch Zertrümmerung des Mittels- und Endgledes des dritten und vierten Fingers der rechten Hand erlitten. Durch Vorbescheid der Norddeutschen Ebel- und Uedelmetall-Berufsgenossenschaft wurde die Rente auf 25 pzt. bemessen. Da der Vorbescheid ihm nicht völlig klar vorkam, verlangte A. unter ausdrücklicher Verzicht, sich zu dem Vorbescheid zu äußern, einen berufsunfähigen Bescheid, welcher ihm auch kurz darauf zugeflicht wurde. In diesem Bescheid war die Rente auf 20 pzt. festgesetzt.

Gegen diese durchaus willkürliche Erhebung der Rente von 25 auf 20 pzt. legte A. unter Berufung eines ärztlichen Urtheiles, daß seine Erwerbsfähigkeit um mindestens 25 pzt. beeinträchtigt sei, Berufung ein. Die Berufung wurde vom dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung unter Hinweis auf die Entscheidungen des Reichsversicherungsamts abgewiesen.

Unter der Gerichtspraxis eigenhändiger Rechtsauffassung können die Berufsgenossenschaften ihre Kassen recht bequem um mancherlei nur 5 pzt. betragende Rentenentlie bereichern. Sie werden ganz gerne wissen, daß auch 5 pzt. noch das Einkommen vermindert.

\* Gefährdete Jubilanten. Ein Arbeiter der Maschinenfabrik in Frankfurt a. M. war Montag, den 14. Juli, ausgetreten. Auf seiner Jubilantenkarte befand sich der Name „Gehreil“, obgleich nach dem Gesetz jede Bemerkung auf der Karte unzulässig ist. Den Vorfall brachte der Arbeiter in einer am Abend des genannten Tages einbrechenden Metallarbeiter-Versammlung zur Sprache, die Karte wurde daraufhin vom überwachenden Beamten beschlagnahmt. Der Arbeiter fand trotz aller Bemühungen keine Arbeit, obwohl eine Interimbschließung vorlag, sein Arbeitgeber wollte ihn ohne Karte einstellen. Er erhob deshalb beim Gewerbeamt Klage auf Entschädigung. Die Vertretung des Klägers bei Gericht hatte das Arbeitsekretariat übernommen, dessen Vertreter ausführte, daß nach § 223, Abs. 1 und 11 B. G. B. in Verbindung mit § 199 des F. B. G. eine Schadenerschaftpflicht der Fabrik vorliegt; denn nicht einmal das Vorhandensein des Dolus, beweisen durch die „schwarze Liste“, sei zweifelhaft. Das Gewerbeamt ließ sich bei der Ausführung an und bereitete die Firma dem Klageantrag gemäß zur Entschädigung.

Polizei und Gerichte.

\* Aufgehobenes Urtheil. Wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung ist am 1. März vom Landgericht Düsseldorf der Maurer Georg Hoffmann zu zwei Monaten Gefängnis wegen Vergehens verurtheilt. Auf das Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Auf die Verurteilung des Staatsanwalts hob das Landgericht das Urtheil auf und erkannte in erster Instanz, da das Schöffengericht nicht zuständig war, auf die oben angegebene Strafe. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er auf dem Hauptbahnhof in Düsseldorf Arbeiter, die in Hildesheim gearbeitet hatten, in Gemeinschaft mit Anderen und Hildesheim besetzt hat, wenn sie in Hildesheim arbeiteten. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Schöffengericht das Urtheil wegen verheißener Unklarheiten und Widersprüche sowie ungenügender Feststellung des Thatbestandes auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Verschiedenes.

\* Arbeitslöbne bei Gemeindefabrik. Einen für die Allgemeinheit in prinzipieller und praktischer Hinsicht wichtigen Beschluß faßte der Gemeinderath in Röttau. Bei der Verabreichung über die Vergütung eines Baues wurde von sozialdemokratischer Seite angeregt, daß man bei Vergütung von Arbeitern den Unternehmern zur Pflicht mache, die etwa freiwillig geltenden tarifmäßigen Löhne zu zuzahlen. Es wurde dabei auf die Vorgänge im Vaugewerbe besonders hingewiesen und auch sonst die Sachlage eingehend erörtert. — Diese Anregung wurde dem Bauausschuß übergeben, der sich darauf mit der Sache befaßte und dem Verlangen der sozialdemokratischen Gemeinderathsmitglieder entsprechend beschloß, daraufhin beschloß das Plenum, dem Vorschlag des Bauausschusses entsprechend, einstimmig, den Unternehmern gegenüber bei Einforderung von Kostensätzen die Verwirklichung der tarifmäßigen Lohnsätze zu bedingen. Unt zwar hat dieser Beschluß nicht nur Geltung für die Bauunternehmer, sondern er soll durchweg bei Vergütung von Gemeindefabrikanten angewendet werden, soweit eben solche Lohnvereinbarungen bestehen. — Der Gemeinderath hat die Gründe, die für Durchföhrung dieser Forderung von sozialdemokratischer Seite vorgebracht wurden, allenfalls anerkennen müssen, und es ist sehr zu wünschen, daß auch andere Gemeindefabrikationen diesem von Röttau gegebenen Beispiel folgen. Demerkt sei, daß im Röttauer Gemeinderath eine Reihe gewerblicher Unternehmer sitzen, auch Bauunternehmer, was bei Sache eine besondere Bedeutung giebt. — Ohne die Initiative der sozialdemokratischen Gemeinderathsmitglieder wäre natürlich ein solcher Beschluß nie zu Stande gekommen. Er verdient jedoch dadurch keineswegs an Bedeutung, im Gegentheil — man wird der Einsicht der sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinderathes in Röttau die Anerkennung nicht verjagen können.

\* Die Krupp'schen Werke beschäftigten am 1. April d. S. 46 077 Personen. Davon entfallen auf die Fabrik in Essen 25 925, das Werk in Vudau 2908, Berlin und Kiel 4781, die Hohlgeschen 2391, Hilttenwerthe, Schiefelplatz Weppen z. 6162. Auf der Gußstahlfabrik waren im Jahre 1900 in Thätigkeit circa 1600 diverse Maschinen, Schmelzfeuer etc., circa 4500 diverse Werkzeug- und Arbeitsmaschinen, 182 Dampfhämmer von 100 bis 50 000 Kilogramm Fallgewicht mit zusammen 269 125 Kilogramm Fallgewicht, über 30 hydraulische Pressen, darunter zwei von je 5000 Tonnen, eine von 2000 und eine von 1200 Tonnen Druckkraft, 318 stehende Dampfmaschinen, 497 Dampfmaschinen von 2 bis 8600 Pferde-

Kräften mit zusammen 41213 Pferdekraften, 558 Strähne von 400 bis 150 000 - Kilogramm Tragfähigkeit mit zusammen 5 983 200 Kilogramm Tragfähigkeit. Zur Vermittlung des Verkehrs auf der Gussstahlfabrik in Eisen dienen unter anderem ein normalspuriges Eisenbahnen mit direktem Geleiseschluss an die Stationen der Staatsbahn Eisen Hauptbahnhof, Eisen-Werk und Verarbeitend mit 62 Kilometer Geleisen und 16 Lokomotiven, ferner ein normalspuriges Eisenbahnen mit 37 Kilometer Geleisen und 28 Lokomotiven. Das Telegraphenwerk der Gussstahlfabrik in Eisen enthält 31 Stationen mit 58 Morse-Apparaten und 81 Kilometer Leitung. Das Fernsprechnetz des Werkes enthält 349 Stationen mit 368 Fernsprechern und 351 Kilometer Leitung.

Der kleinste deutsche Bundesstaat, das Fürstentum Schaumburg-Lippe, zählte am 1. Dezember 1900 nur 43 182 Einwohner.

**Eingegangene Schriften.**

Die Nr. 16 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 31 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Der Sand und das Kameel. — Die ökonomische Krise. — Die Streikbewegung vom Jahre 1900. — Italienische Proteste gegen die Streikbrecher. — Streikbrecher-Literatur. — Etwas über Tuberkulose. — So geht's in dieser Welt! — Noch etwas über die Tat von Verra. — Korrespondenzen aus Leipzig, Münchenheim, Pforzheim. — Lohn- und Streikbewegung. — Unglücksfälle auf Baustellen. — Verschiedenes vom In- und Ausland.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag). Das 43. Heft des 19. Jahrgangs hat folgenden Inhalt: Die Hungerblockade. — Die sozialpolitische Lage in Serbien. Von Milorad Popowitsch. — Baboreanus. Von D. Bach. — Jugendliteratur. Von C. Mauerer. — Der Kampf um die Volksschule in Desterreich. Von Fernin. — Der Jahresbericht der habsburgischen Fabrikinspektion für das Jahr 1900. Von Helene Simon. — Literarische Rundschau: W. Biehnrecht, Souvenirs. Pierre Berop-Beaulieu. Die christliche Frage. Maxime Kovalewsky. Die ökonomische Entwicklung Europas bis zum Beginn der kapitalistischen Weltwirtschaftsform. Die Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der Heimarbeit in der Kleider- und Wäscheindustrie. — Feuilleton: Zum Gedächtnis Wilhelm Biehnrechts. Von Robert Schwedel.

**Anfichtspostkarten vom Berliner Gewerkschaftshaus.** Es liegen uns sieben Anfichtspostkarten vom Berliner Gewerkschaftshaus vor, von denen die vier in Kupferabdruck ausgeführten als edle Anfichtskarten bezeichnet werden können. Wir finden hier zwei verschiedenartige Aufnahmen der Vorderansicht und je eine Ansicht des Saalgebäudes und der im Saalgebäude befindlichen saalartigen Wandelhalle. Die drei übrigen Karten sind in Zinkdruck ausgeführt und zeigen uns den großen Saal, das Innere des vorderen Restaurants und die Front der Fassade. Der Preis der Anfichtskarten beträgt 10 Pf., die der Karten in Zinkdruck 5 Pf. pro Stück. Die Karten, die zusammen ein ungefähres Bild von diesem neuen Arbeiterheim geben, sind durch die Verlagsbuchhandlung Borchardt, sowie je Parteilichbuchhandlung und jeden Parteilichpostamt zu beziehen. Gegen Einzahlung von 60 Pf. werden sämtliche sieben Karten von der Verwaltung des Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, franco übersandt.

**Briefkasten.**

**Neuenhof. Musikdirektor Köhler.** Privatanzeigen nehmen wir seit dem 1. Juli nicht mehr auf.  
**Saarbrücken, R.** Statt des hiesig verloschen Berichtes hätten Sie uns lieber eine ausführliche Schilderung des Unfalls einschicken sollen. Obgleich der Unfall auch in der Versammlung zur Sprache gekommen, haben Sie keine Ahnung über die Ursachen desselben und seine Folgen geschrieben, sondern sind mit einigen nichtssagenden Worten darüber hinweggegangen. Der Bericht ist des Abdrucks nicht wertig.  
**Schladeu, W.** Die höchst überflüssigen Bemerkungen in Ihrem Briefe hätten Sie sich sparen können. Es wäre richtiger gewesen, Sie hätten den Namen des Zweigvereins angegeben, dem die Schladeu'r Maurer angehören. Da diese wichtige Angabe fehlt, können wir auch die Versammlungsanzeige nicht aufnehmen. Die eingelangten 20 Pf. schreiben wir Ihnen gut.  
**Strasburg i. d. N.-M., St. A.** Schreiben Sie Ihren Gutachten wir Ihren Bericht für die nächste Nummer zurückstellen.

**Zentralverband der Maurer.**

**Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.**

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Calzusen, Strelitz und Dören.

**Ausgeschlossen**

auf Grund § 18 a des Statuts von der Zweigvereinen G r o ß D i e r s l e b e n: Aug. Körner (Buch-Nr. 141 868); P ö l i s; Hubert Krause (018 864); J a f a u r; Paul Diez (218 818); S p r e n d l i n g e n; Daniel Schäfer (161 854); G a r b u r g; Max Wolf (134 133).

**Als verloren gemeldet**

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Max Schnapft (Buch-Nr. 218 320), Ernst Zeidler (0104 250), Aug. Waring (216 704); Paul Sommer (052 104).

**Aufforderungen.**

Die Verbandsmitglieder Karl Schmalgel, geb. am 25. November 1879 und Wilhelm Führ, geb. am 3. Juni 1880, werden ersucht, ihre Adressen sofort an den Kollegen J. Koch, Magdeburg, Waisenbühlstraße 21, einzuschicken, da dieselben als Zeugen in einer Verbandsangelegenheit fungieren müssen. Der Zweigverein Nordhausen fordert den Maurer-Wilhelm Meister aus Potsdam (Buch-Nr. 088 993) auf, sein verfallenes Mitgliedsbuch einzulösen. Ebenso fordert der Zweigverein Wänden (Gannover) die Kollegen Wilhelm Schulte (68 523),

Adolf Freundt (06 266), Emil Faulmann (156 009) auf, das Gleiche zu thun. Es wird daher erwartet, diese Kollegen neue Mitgliedsbücher auszugeben. Letzterer Zweigverein fordert auch die Kollegen Theodor Schögl (120 289) und Fritz Albert (133 463) auf, sich ihrer Verpflichtung zu erinnern.  
**Der Verbandsvorstand.**

In der Zeit vom 23. bis 29. Juli 1901 sind folgende Beträge für die Hauptkasse eingegangen:

- Von den Zweigvereinen in Leipzig in zwei Malen M. 5800, Düsseldorf 800, Stuttgart 478,12, Eisen a. d. Ruhr 428,70, Rehm 422,52, Schönwalde i. d. M. 307,32, Welter 217,90, Gieschen 140,76, Rudenhausen b. Speyer 117,96, Kremmen 117,52, Mittelborn 115,96, Brenden 106,28, Strausberg 104,36, Schmalgel 102,60, Gardelegen 100, Alfen 98,40, Ober-Mörlen 94,40, Gonsenheim 89,00, Reine 88,84, Witten a. d. S. 87,40, Wollmershausen 87, Mutterhausen 80,60, Nahlen i. S. 75,94, Gebeke 74,72, Wittenau 70, Clingen 62,68, Freudenheim 44,40, Grumbach 42,40, Oberhörschütz 37,90, Bambrödt 25,82, Gollnow 24,10, Mettmann 19,04, Köpzig 26, Widau 704,28, Weitz i. d. M. 412,32, Feitz 270,16, Blankenburg a. Harz 248,89, Sonneberg i. Thür. 241,88, Arnstadt 225,04, Gocklar 214,28, Wolfen 158, Sangerhausen 200, Othenficht 200, Erfurt 150, Neuhardenberg 100, Methem a. d. M. 18,80, Kreis Maina 850, Bismarckheim 6, Flensburg 99,50, Staßfurt (zurückgegebene Streifenunterstützung) 68,84, Regau i. Sachsen 21, Stettin 800, Rothemann 134,56, Bergen (Hagen) 108,89, Welsch 91,20, Grammitz 81,92, Thon 88,50, Böhlingen 38,07, Satow 29,84, Burglauer 29,23, Sünnerda 25,80, Kassei, 209,15, Mauer 420,18, Böhlig 409,76, Uetzer 201,76, Uetzer 196,42, Hammer b. Jagnitz 171,96, Freyenstein 170,85, Rangenledach 151,88, Heinrichswalde 147,20, Köpenitz 189,10, Kratau b. Magb. 137,50, Gesehach 136,15, Gelsenkirchen 128,69, Göggenheim 127,60, Fandenberg 126,62, Nordhausen b. Rassel 124,96, Trogan 116,12, Sannover 108,45, Hohenleben 94,88, Jüngerleben 84,29, Dörfel 71,64, Neffe 69,52, Wölgrowitz 64,27, Kömighäfen 45,40, Oberhohn b. Götze 45,12, Sternberg i. d. M. 28,75, Bamberg 20, Niers i. N., Oberheim 6,06, Stellingen 26, Jena (in 2 Malen) 466,68, Götzhof i. Pom. 148,88, Meuselwitz 124, Rangenledach 101,60, Frankenberg i. Sach. 72,72, Götzhof i. Pom. 22, Wölgrowitz i. Thür. 802,04, Alt-Damm 276,88, Gufow 240,20, Gorgatz 149,88, Gr. Beerren 129,27, Schwachhausen 127,12, Heyendorf 88, Mittenwalde 88,40, Bülow 73,88, Hermsdorf i. S.-M. 69,60, Baaren 70,40, Gurgagen b. Rassel 50,16, Dornheim 39,06, Ebbel b. Friedberg 35, Meiningen 7,62, Görtz 440, Malchow i. Meckl. 26,70, Schwelbitz 8,84, Bromberg -20, Staßfurt 402,96, Bredow 388,06, Neppen 118, Neubow 102,86, Rallenholzhäuser 98,52, Hefloch 58,96, Preßig 58,10, Segeberg 52,18, Arneburg 38,51, Göttingen 30, Verghäulen 29,28, Mühlentrieb 11,66, Städt.-Zim 16,48, Gispersleben 58,60, Dornersleben 61,61, Götzhitz (S.-M.) 88,60, Bremen 800, Potsdam 500, Erfurt 100, Kiel 500, Röhneburg 376,45, Trebitz (Neumark) 241,44, Tangermünde 216,50, Genthin 211,94, Rodebusch 193,26, Burgblitz 143,04, Neustadt i. Holtz. 129,52, Marktgräfesitz 118,08, Mühlheim a. Main 109, Alt-Schönebeck 103,60, Worms 56,81, Gr. Wubitz 55,88, Trebur 54,66, Reddinghausen 34,50, Ester (Bez. Halle) 32,40, Gredemühlhen 24,20, Guelen 12,60, Trier 11,12, Dilsches 800, Hof a. d. S. 226,03, Gerne i. N. 128,88, Schwerte i. W. 107,74, Neuzelle 96, Wolgast 63,89, Wehen i. Taunus 31,80, Oberjessersdorf 80,11, vom Gewerkschafts-Kassentell 62.

**Für Protokolle vom 6. Verbandstag in Mainz.**

- Mienfisch 10, Rehm 5, Weiskene 4, Rothemann 2, Stuttgart 6, Rudenhausen b. Speyer 1, Wittenborn 2, Brenden 1, Alfen a. d. Elbe 8, Strausberg 10, Ober-Mörlen 8, Gonsenheim 1,80, Reine 1, Witten a. d. S. 1, Wollmershausen 1, Nahlen i. S. 1, Gebeke 1, Clingen 2, Oberhörschütz 1, Bambrödt 1, Mettmann -40, Weitz i. d. M. 5, Blankenburg im Harz 3, Arnstadt 4, Gocklar 8, Bergen auf Rügen 6, Gölken 1, Böhlingen 1, Satow 2,80, Burglauer -40, Sünnerda 1,60, Fandenberg 5, Kassei 30, Rauen 6, Böhlig 8, Uetzer 2, Hammer b. Jagnitz 2, Freyenstein 5, Rangenledach 6, Heinrichswalde 2, Göggenitz 2, Göggenheim 1, Nordhausen b. Rassel 1, Trogan 1, Jüngerleben 1, Weitzau 1, Oberhohn b. Götze -80, Oberheim 1, Jena 10, Götzhof i. Pommeren 2, Meuselwitz 2, Rangenledach 6, Frankenberg i. S. 4, Alt-Damm 2, Gorgatz 12, Gr. Beerren 6, Heyendorf 1, Mittenwalde 1, Hermsdorf (S.-M.), Ebbel -120, Görtz 20, Malchow 1, Schwelbitz 2, Arneburg 1,20, Gispersleben 1, Staßfurt 5, Bredow -80, Preßig 1, Arneburg 2, Göttingen 1, Stabitz -40, Magdeburg 1,20, Gispersleben -40, Sömnabach 1,80, Götzhitz 1, Welsch 4, Potsdam 80, Genthin 5, Burgblitz 2, Neustadt i. Holtz. 3, Alt-Schönebeck 1, Gr. Wubitz 1, Reddinghausen 10, Ester (Bez. Halle) -40, Gredemühlhen 1, Hof a. d. S. 2, Saale 8, Gerne i. Westf. 6, Schwerte i. Westf. 1, Kiel 40.

**Für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.**  
Gocklar M. -50, Gelsenkirchen 1,50, Gr. Beerren 4, Mittenwalde 3, Magdeburg -50.

**Für Broschüre „Die Augsburger Prozesse“.**  
Gocklar M. -45, Gelsenkirchen -60, Mittenwalde 1,50.  
Von Herrn R. Richter, Wasserwagenbauer in Altenburg, für den Unterstiftungs-Fonds M. 5.

Die Zahlstellen-Kassiere resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Protokollanfragen genau anzugeben, wofür das eingekamte Geld bestimmt ist.

**Alle Gelder für die Hauptkasse sind nur an J. Köster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, daß das Geld wieder zurückgehen muß.**

S a m b u r g, den 29. Juli 1901.  
J. Köster,  
Samburg-St. Georg, Brunnenstr. 11, 1. G.

**Zentralkrankenkasse.**  
(Grundn. im Eingleit.)

In der Woche vom 21. bis 27. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der Britischen Verwaltung in Weiskene M. 400, Garburg 200, Halle a. d. S. 200, Schmalgel 200, Frankfurt a. M. 200, Erfurt 150, Hellenborn 150, Ditzburg 180, Neuzelle 125, Hollensen 101,60, Gerdesleben 100, Trebitz 100, Rehm

100, Stammheim 100, Leipzig-Neubitz 100, Garktshausen 80, Wandsbeck 60, Hltenburg 60, Eichen 60, Eberdingen 50, Wehler 50, Blankenburg (Harz) 40. Summa M. 2746,60.  
Zuschüsse erhielten: Gurgagen M. 100, Wölnitz i. Bbg. 80, Summa M. 180.

A l t o r a, den 27. Juli 1901.  
Karl Reich, Hauptkassier, Friedrichsbadestr. 28.

**Anzeigen.**

**Sterbetafel.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, soweit wir innerhalb einer Woche nach dem Sterbefalle Mitteilung erhalten. Die Beile kostet 15 Pf.)

**Apolda.** Am Freitag, 26. Juli, starb an Lungenerlei unser Verbandskollege **Karl Eulenstein** im Alter von 26 Jahren.  
**Breslau.** Am 22. Juli verstarb unser Verbandskollege **Karl Gnad** an Lungenerlei und Gehirnblutung. Der Verstorbene war Mitbegründer unserer Bahnhalle. **Ehre ihrem Andenken!**

**Sterbegeld**

ist in der Zeit vom 16. bis 29. Juli bezahlt worden für nachstehend-verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:  
Ernst Kraft-Golbach (Buch-Nr. 98 207), Albin Ebert-Leipzig (155 989), Wilhelm Becker-Wiesbaden (089 607), Otto Rindemann-Gr.-Salze (067 756), Albert Gwalb-Bahnsaff (77 290), Emil Urbancsek-Garlottenburg (05 621), Chr. Sander-Sangerhausen (211 602), Wilhelm Sellmann-Neustrelitz (0108 651), Ernst Gaultz-Berlin III (98 429), Johannes Gumbert-Stettin (69 915), Wlilf. Beck-Wölnitz i. Bauenburg (165 264), Carl Chylus-Garmun (82 544), Wilhelm Heine-Galbe a. d. S. (98 182), Ernst Girdlich-Breslau (150 576), Louis Hellrich-Ostschlesien b. B. (163 702), August Grau-Samburg (0745), Peter Kofke-Samburg (0938), Edward Graumüller-Frankfurt a. M. (098 285), Jacob Moos-Berlin II (92 284), Oswald Friedrichs-Widau (024 287), Carl Eulenstein-Apolda (01 473).

**Humor.**

Der Maurer **F. Werner** wird ersucht, sich im Zweigverein **Saßfurt** zu melden wegen einer gerichtlichen Sache. [M. 1,50] **Carl Mirau**, Schriftführer.

**Wolfsbüttel.** [M. 2,40] **Donnerstag, den 4. August**, in Saale des Herrn **Ameing**: **51stes Stiftungsfest**, unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereins. — Turnerische Aufführungen. — Anfang 7 Uhr. — Eintritt 20 Pf. Um zahlreiches Erscheinen bitten. **Das Comité.**

**Storkow.**

**Donnerstag, den 11. August**, Nachmittags von 4 Uhr ab, feiert der Zweigverein **Storkow** in Saale des Herrn **Hintze** sein

**2. Stiftungsfest**  
Bestehend in **Konzert und Ball**. Die Kollegen von **Storkow** sind herzlich eingeladen.  
[M. 2,10] **Der Vorsitzende.**

**Veranstaltungs-Anzeiger.**

(Unter dieser Rubrik werden alle Veranstaltungen der dem Erscheinungsloge der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Der Preis für jede Anzeige, die den Raum von 2 Zeilen nicht überschreitet, beträgt 20 Pf. Die Anzeigen müssen für jede Veranstaltung besonders eingeliefert werden.)

**Verbandsveranstaltungen der Maurer.**

**Dreetz.** Die regelmäßigen Mitgliedsveranstaltungen finden jeden Sonntag nach dem 1. im Monat bei Döbert statt.  
**Gelsenheim i. Rheingau.** Jeden Sonntag nach dem 1. u. 16. im Monat Nachm. 1 Uhr, Versammlung im Hofe 3. B. Sauter, Pfälzerstr.

- Donnerstag, 4. August.**  
**Belgern.** Nachm. 8 Uhr Mitgliedsversammlung im Götzhof „Zum weißen Roß“. Bänntliches Erscheinen ist notwendig.  
**Rheinsberg.** Nachm. 8 Uhr Mitgliedsversammlung im Normannischen Hofel. Die Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge pünktlich zu zahlen.  
**Templin.** Nachm. 8 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Erscheinen aller Kollegen ist nötig.  
**Teuchern.** Nachm. 8 Uhr im Götzhof „Zur Sonne“ Mitgliedsversammlung. Bänntliches Erscheinen unbedingt nötig.  
**Zossen.** Nachm. 8 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Bänntliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

- Dienstag, 6. August.**  
**Alfeld.** Abends 7 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Alle Kollegen müssen erscheinen.  
**Bitterfeld.** Abends 8 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Alle Kollegen müssen erscheinen.  
**Liegnitz.** Abends 7 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Um bänntliches Erscheinen unbedingt nötig.  
**Spandau.** Abends 8 Uhr Mitgliedsversammlung bei Rade. Erscheinen aller Kollegen notwendig.

**Mittwoch, 7. August.**  
**Gielwitz.** Abends 8 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Bänntliches Erscheinen notwendig. Wäcker sind mitzubringen.

**Donnerstag, 11. August.**

- Annaburg.** Nachmittags 11 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Die Kollegen sind herzlich eingeladen.  
**Belzig.** Nachm. 8 Uhr Mitgliedsversammlung im Vereinslokal. Um regen Besuch wird gebittet.  
**Ohlau.** Nachmittags 10 Uhr Mitgliedsversammlung im „Weißen Roß“. Alle Kollegen müssen erscheinen.  
**Werder a. d. N.** Nachm. 8 Uhr Mitgliedsversammlung im Hofe des Herrn Martini. Die Mitgli. w. ersucht, sofrt. u. pünktl. zu erscheinen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Muer & Co.** in Hamburg.